

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen.

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post

monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Mann-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich, 10 Bl.

7. Jahrgang.

Mittwoch, 16. Feber 1927.

Nr. 39.

Die Politik des Selbstmords

Wenn glauben die deutschen Regierungsparteien mit ihrer Politik zu nützen, und wenn zu schaden? Je länger das Hörigkeitsverhältnis andauert, in das sich die Deutschbürgerlichen zu den tschechischen Machthabern begeben haben, desto mehr beginnt man diese Frage auch in jenen Schichten der deutschen Bevölkerung zu stellen, die anfangs dem Schritt des deutschen Aktivismus nicht ohne eine gewisse Sympathie gegenüberstanden. Noch acht Jahren rücksichtsloser nationaler Unterdrückungspolitik zwei deutsche Minister in der Regierung und drei deutsche Parteien in der Regierungsmehrheit, das ist nicht durch die endlose Kette verübten Unrechts entmutigten Schichten ein erlösverheißender Anfang zur nationalen Verständigung. Noch jetzt erzählen die Redner der Deutschbürgerlichen den Zuhörern ihrer Versammlungen, es wäre nunmehr alles besser geworden und werde noch einem bißchen Geduld noch viel besser werden, denn jetzt seien zwei Wächter in der Regierung, die ängstlich darüber wachen, daß dem alten Unrecht nicht neues hinzugefügt werde, und die schon noch rechtzeitig ihren Wechsel den ihnen für soviel Gefälligkeiten Verpflichteten präsentieren werden. Trotz alles Mißtrauens gegenüber der im Zeichen der Hungerzölle, der Kongrua und neuer Rücksichtslosigkeiten gegen die Demokratie geschlossenen tschechisch-deutschen Regierungsbildung glaubten viele, in dem, wenn auch bedingungslos Eintritt in die Regierung doch einen Strohhalm erblicken zu können, der, wenn auch nicht die Errettung von allem Uebel, so wenigstens gewisse Erleichterungen herbeiführen. Neben der Neugierde, einmal zu sehen, wie so ein deutscher Minister aussah, war es diese aus verzweifelter, verzogter Stimmung geborene Hoffnung, die in der ersten Zeit den deutschbürgerlichen Ministerverammlungen Zulauf brachte und die Zuhörer erwartungsvoll aufhorchen ließ.

Je länger die Deutschbürgerlichen „mit am Staatsruder“ sitzen, desto mehr zeigt es sich, daß sie das Kapital des übrigen niemals gerechtfertigten Vertrauens der deutschen Bevölkerung in die Ehrlichkeit, den Willen und die Fähigkeit des deutschbürgerlichen Aktivismus schamlos vergeuden. Der Spiritus und die gute Stimmung verfliegen und bald wird jedem ein eßig-schaler Geschmack im Munde ein Gefühl des Efels vor diesem sogenannten Aktivismus als einzige Wirkung zurückbleiben. So sehr zurückgeschraubt die Erwartungen waren, das hat doch niemand für möglich gehalten, daß es unter der aktiven Teilnahme der deutschen Bürgerparteien, anstatt besser, noch weit schlechter werden könnte. Selbst diejenigen, die auf das Gelingen des Experimentes gar keine Hoffnungen setzten, und sich damit trösteten, es werde jetzt wenigstens, so lange das Zeug hält, gegen die Sozialisten im besonderen, und gegen die Arbeiter im allgemeinen regiert werden, sehen sich enttäuscht, denn das haben sie sich bei aller Sozialistenfeindschaft doch nicht vorgestellt, daß die Aktivistischen helfen werden, den Alt abzulegen, auf dem das deutsche Volk sitzt. Was von uns vom ersten Tage an vorausgesagt wurde, daß das Bürgertum unfähig sei, den nationalen Ausgleich durchzuführen, und daß die tschechisch-deutsche Bürgerregierung nicht im entferntesten den Zweck verfolgen, dem Gedanken der nationalen Annäherung zu dienen, das wird bald auch den unpolitisch eingestellten Menschen als banale Wahrheit erscheinen. Vorläufig ist der christlich-soziale Abgeordnete Dr. Medinger der einzige weiche Knie unter den Regierungsaufgeordneten, der den Mut der Offenheit ausgebracht hat, zu sagen, daß alle Opfer an Grundstücken, alle Opfer der Selbstverleugnung unsonst gebracht wurden, daß die deutschen Regierungsparteien umsonst sich über Gerechtigkeit, der jetzt wieder eine neue Garnitur verbräutet, nachdem er die frühere als für seine Zwecke unbrauchbar über Bord geworfen hat, „an den Interessen unseres Volkes veründigt“ hat. Wie erschütternd muß für die Ehrlichen unter den Anhängern der deutschen Regierungsparteien Medingers Geständnis wirken: „Wir haben nach vier Monaten, in denen wir fortwährend gegen unser Gewissen votieren mußten, in keiner der großen Fragen, auch nicht über die Autonomie, etwas Positives erreicht! Wir mußten uns mit dem Erfolge, überhaupt im Ministerrat zu sitzen „und einer Menge kleiner materieller Vorteile für Schutzbefohlene begnügen“. Lasset sie anstatt vier Monate, vier Jahre „mit am Steuer ruder sitzen“ und die ehrliche Selbstkenntnis wird daselbe Fazit ziehen müssen.

Die Regierungsparteien aber haben es unter der herrlichen Führung Spinas und Mahr-Hartings sogar soweit gebracht, daß anstatt einer Erleichterung eine Verschlechterung der Lage der tschechisch-deutschen Bevölkerung unmittelbar droht. Def von den deutschen Ministern mitunterschiedene Gesegenswort über die Verwaltungsreform — symbolisch wirkt, daß ausgerechnet Dr. Kromar der Referent über dieses Gesetz werden soll — müßte ohne jede Uebertreibung von jedem deutschen Parlamentarier glatt als unannehmbar erklärt werden. Welche Verschärfung gegen die Demokratie es bedeutet, wie es der Uebermacht der Bürokratie — die natürlich die tschechische sein wird — zu dienen bestimmt ist, leuchtet auf den ersten Blick ein. Kann eine solche Preisgabe des Selbstverwaltungsrechtes der Bevölkerung, eine solche Steigerung der Rechte der Bürokratie im Interesse des Deutschlands liegen? Bismarcklich noch größer sind die Gefahren, welche diese Art der Verwaltungsreform auf nationalpolitischem Gebiete bringt. Es wird nach ihrer Durchführung kein Land, keinen Gebietsteil, keinen Bezirk geben, in denen die Deutschen ihre Angelegenheiten unabhängig werden bestimmen und verwalten können. In allen Ländern werden sie in eine hoffnungslose Minderheit verlegt, selbst in den deutschen Bezirken wird die tschechische Bürokratie über ihnen die Fäden schwingen, und das Recht, ein Drittel der Mitglieder der Bezirksvertretung zu ernennen, kann in den Händen der Regierung zur größten Verfälschung der nationalen Zusammensetzung dieser Körperschaften mißbraucht werden. Selbst wenn man annehmen wollte, daß dies nicht geschehen wird, solange die Deutschen in der Regierung sind, wer und was bürgt dafür, wenn wieder eine rein tschechische Regierungsmehrheit die heutige Koalition ablösen sollte? Die größte Wahrscheinlichkeit aber ist, daß der tschechische Nationalismus sich durch die Anwesenheit der Spina und Mahr-Harting nicht im geringsten gemindert fühlen und die ihm durch die gestrichelten Regierungsvollmachten verliehenen Rechte schon jetzt in seinem Interesse verwenden wird. So also leiten die Deutschbürgerlichen den nationalen Ausgleich ein: mit einer Untergrabung der Rechte der deutschen Bevölkerung, mit ihrer Auslieferung an die tschechische Bürokratie und die Regierung!

Muß man nicht fragen, ob die Deutschbürgerlichen, welche der Vorlage zugestimmt haben, nicht den Verstand verloren haben? Es gibt nur zwei Erklärungsgründe für ihr Verhalten. Sie sind die Gefangenen Svehlas geworden und müssen, weil dies ein offenes Einbekenntnis des Scheiterns ihrer Politik wäre, immer weiter gehen, ohne sehen zu wollen, daß der Weg in den Sumpf und ins Verderben führt. Oder sie sind von ihrem bornierten Arbeiterhass hypnotisiert, der sie wegen der Ansicht, daß Verwaltungskörper geschaffen werden sollen, in denen der Arbeiterschaft nur das armselige Liniengericht einer Vertretung statt einer gerechten Vertretung zugemessen sein wird, für alle, die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung treffenden schweren Nachteile, taub und blind macht. Man geht wohl richtig, wenn man beide Gründe als die Motive ihres sonst unverständlichen Handelns erkennt.

Das deutsche Bürgertum wird vielleicht zu spät erkennen, daß es die Politik des Selbstmordes betreibt, indem es ruhig zuseht, daß seine Parteien dem tschechischen Nationalismus aus kurzschichtigster Arbeiterfeindschaft an der Demokratie und dem Selbstverwaltungsrechte

Lotengräberdienste leisten. Die Loren, die da meinen, sie könnten durch reaktionäre Gesetze den Sozialismus tören, und die nicht begreifen, daß die Entschleierung, die sie an sich selbst vornehmen, und die sie ebenso in ihrer Erbarmlichkeit wie in ihrer Charakterlosigkeit unver-

hüllt vor den Massen des arbeitenden Volkes erscheinen läßt, schließlich nur geeignet ist, dem Sozialismus und dem Kampf des Volkes gegen seine Bürger neue starke Impulse zu verleihen! W. N.

Gegen Brügelpatent und Bürokratenmacht!

Protest unseres Abgeordnetenklubs gegen die Verwaltungsreform.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenklubs gab Abg. Genosse Schäfer namens des deutschen sozialdemokratischen Klubs folgende Erklärung ab:

Es sind nun gerade vier Monate verstrichen, seitdem der Herr Ministerpräsident in seiner Antrittsrede die Einsetzung der tschechisch-deutschen Bürgerregierung als bedeutsame Etappe der tschechoslowakischen Politik bezeichnete und ihren Amtsantritt als historischen Augenblick feierte. War diese Bezeichnung schon läßt angeht des kaum vollbrachten Zollraubs, der Kongrua und der Zudeckenerhöhung, so wurde diese feierliche Erklärung zur wahren Verhöhnung, als die Regierung eine Steuerreform vorlegte, die in ihrem Ergebnisse nichts anders bedeutet, als die Bereicherung der herrschenden Klassen und die schwerste Belastung der arbeitenden Menschen und als die Regierung und die Mehrheitsparteien Anstalt auf Anstalt gegen die sozialpolitischen Errungenschaften richteten, gegen den Achtstundentag, die Sozialversicherung, gegen die Arbeitslosen, die Kriegsverletzten und den Mieterschutz.

Und nun legt uns die neue Mehrheit als Krönung des Ganzen ihren Plan der Verwaltungsorganisation vor, der mit den letzten Resten der Demokratie austräumt.

Die Polizeivorschriften, welche charakteristischer Weise an der Spitze der neuen Verwaltungsorganisation stehen, machen nicht nur das vermoderte Brügelpatent wieder lebendig, sondern sie beschließen sogar das Gespenst der vorwärtlichen Reaktion herauf. Vergessen ist der erste und oberste Grundsatz der Verfassung, daß alle Macht vom Volk ausgeht, alle Macht wird vielmehr in die Hände der Bürokratie gelegt und das gesamte öffentliche Leben unter Polizeiaufsicht gestellt. Von Selbstverwaltung kann, wenn die heute eingebrachte Vorlage Gesetz wird, im Ernst nicht mehr die Rede sein.

Gegen einen solchen Plan bei der ersten Gelegenheit auf das heftigste zu protestieren, halten wir für unsere Pflicht. Nicht minder aber halten wir es für notwendig, die Verantwortlichkeit jener deutschen Parteien festzustellen, die unter der Parole der nationalen Selbstverwaltung noch in den

Wahlkampf gezogen sind, die sich des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen als eines Ausschüßes für ihre Agitation bedient haben, solange sie den Kampf gegen das herrschende System zu führen vorgaben und die nun bei der ersten Gelegenheit, da sie mißwundersamen haben, Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwaltung mit Füßen treten. Sie geben nicht nur die beiden deutschen Gaue preis, die eine rein tschechische Nationalversammlung zu errichten willens war, sie stimmen auch zu, daß jenes Land, in dem die deutsche Bevölkerung relativ am stärksten vertreten ist, von der Landkarte verschwindet. Hat die Gouvernierung die Demokratie eingeschränkt aus Nationalismus, so geben die Deutschbürgerlichen alle nationalen Interessen preis aus Haß gegen die Demokratie. Mag die tschechische Bürokratie allmächtig sein, denken sie, wenn sie uns nur hilft, die deutsche Arbeiterklasse im Saan zu halten!

Die Arbeiterklasse muß sich diesem reaktionären Plan entgegenwerfen.

Im Interesse der Volksmassen aller Nationen fordern wir gegenüber dem bürokratischen Herrschaftssystem, welches der Nachapparat der Bourgeoisie ist, die volle und uneingeschränkte demokratische Selbstverwaltung auf allen Stufen und in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung. Wir wissen, daß die Konsequente und rücksichtslose Durchführung der Verwaltungsautonomie auch die nationale Autonomie in sich schließt und glauben daher, die wahren nationalen Interessen der deutschen Arbeiterklasse nicht anders vertreten zu können, als wenn wir die Klasseninteressen des internationalen Proletariats vertreten.

Dem Raubzug der herrschenden Klassen stellen wir die

Abwehr des Proletariats gegenüber, der Verständigung der Bourgeoisie über die gemeinsame Unterdrückung des Proletariats die

Verständigung der Völker über ihr friedliches Zusammenleben.

Mögen die Regierungsparteien ihr reaktionäres Werk vollenden, sie führen damit nur umso schneller den Tag herbei, an dem die betroffenen Volksmassen über sie das Urteil sprechen werden!

Anstalt zur großen politischen Aussprache.

Frage, 15. Feber. Obwohl seit der letzten Parlamentsagung zwei Monate verstrichen sind, in dieser Zeit durch die Aufnahme der slowakischen Minister in das Kabinett Svehla eine Regierungsumbildung erfolgt ist und die Regierung, von anderen Vorlagen abgesehen, sich in der Zwischenzeit zu einer grundlegenden Aenderung der staatlichen Struktur durch die neue Verwaltungsreform entschlossen hat, fiel es der Mehrheit doch nicht im Traum ein, die neue Parlamentsagung mit einer offenen politischen Aussprache zu eröffnen. Mit Mühe und Not wurden ein paar auf Lager befindliche Handelsverträge hervorgeholt, um den äußeren Anlaß zu der heutigen Sitzung zu geben, die zwecks Zuteilung der diversen Regierungsvorlagen an die Ausschüsse unumgänglich notwendig geworden war. Die Mehrheit bemühte sich schließlich, eine ganz gewöhnliche Vertikostagung daraus zu machen, und Herr Mahr-Harting sah mit dem unzulänglichsten Gesicht von der Welt in der Ministerbank, als ob er nie in seinem Leben etwas von einer Verwaltungsreform gehört hätte, die die tschechische Bevölkerung um ihre letzten kargen Stützpunkte in der Selbstverwaltung bringen soll und an der er mit die volle Verantwortung trägt.

Vertikostungen seitens der Mehrheit nicht ein. Ein Vertreter der Opposition nach dem anderen trat auf und jagte der Mehrheit die ungeschminkte Wahrheit über ihre letzten politischen Niederträchtigkeiten, von dem tschechischen Ueberfall auf die Selbstverwaltung angefangen bis zur offenen Verletzung der verfassungsmäßig verbrieften Rechte der tschechischen Bevölkerung. Es kam zu keinen Kravallen, aber der erste Ton der Opposition ließ die Mehrheit nicht im Zweifel darüber, daß all die Vorlagen, die der heutigen Sitzung vorgelegt wurden, einen erbitterten Kampf auslösen werden; weniger vielleicht im Parlament, dessen Mehrheit heute alles niederstimmen kann, als draußen in der politischen Öffentlichkeit, die an Hand dieser Vorlagen über den wahren reaktionären Charakter unseres Bürgerrechts hoffentlich hinreichend aufgeklärt werden und daraus bei den nächsten Wahlen gewiß die Konsequenzen ziehen wird. Besonders den deutschbürgerlichen Parteien mag es nicht ganz wohl anzuwohnen sein, als ihnen Genosse Schäfer ihre österreichische Vergangenheit ins Gedächtnis zurückrief und bewies, daß sie zu Senkeren dienen an der Demokratie schon seit sehr unbilligen Preis zu haben waren.

Die Ausschüsse haben nun wieder für eine

Weile das Wort, worauf das Parlament, eine Einigung innerhalb der Koalition vorausgesetzt, mit der Verabschiedung der Regierungsentwürfe bis gegen Ostern voll beschäftigt sein wird. Nach dem heutigen Auftakt zu schließen, wird die Mehrheit unter der vernichtenden Kritik der Opposition noch manche unangenehme Stunde zu überwinden haben, bis all ihre Ernte unter Dach und Fach ist.

Und dann wird die nur allzu begründete Furcht vor dem nächsten Jahrtag den Kagenjammer trotz aller äußeren Erfolge erst recht verstärken: in erster Linie wieder bei den deutschen Regierungsparteien, die dem Gericht ihrer schamlos betrogenen Wähler nicht entgehen werden!

Nach Beginn der Sitzung um 11 Uhr 15 leitet der Kommunist Skala, der an die Stelle des aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Hirschl getreten ist, die Ansprache.

Im End werden unter anderem verliest: Der Gesetzentwurf über die Errichtung und Wirksamkeit von Bergämtern, die Verwaltungsreform und die Vorlage über die Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen, das neue Bauförderungs-gesetz und ein Regierungsentwurf über die Unterbringung der längerdienenden Unteroffiziere.

Erster Punkt der Tagesordnung ist der provisorische Handelsvertrag mit Ungarn, der am 26. August 1926 in Prag vereinbart wurde. Nach den Referaten der Abgeordneten Dr. Hlitz und Dr. Jodina wird die Debatte eröffnet.

Anrich (deutscher Nat. Soz.) befaßt sich hauptsächlich mit dem Verhalten der Regierung zu den sudetendeutschen Heimatbänden im Ausland, über die alle Redungen in der Presse rühmendlos zensuriert werden. Er wirft namentlich dem Justizminister Marx-Harting vor, daß die von ihm unterzeichnete Antwort auf ein diesbezügliches Interpellation sich ganz auf dem Boden der Anschauung der allnationalen Koalitionsregierung stellt, indem sie erklärt, daß es sich hier um geheime Organisationen handele; in Wirklichkeit seien diese Organisationen im Ausland gefällig anerkannt. Gegen die Verletzung dieser Heimatbände und aller in ihnen wirkenden Personen erhebt er entschiedensten Protest.

Pl (tsch. Soz. Dem.) bemängelt, daß wir mit einer ganzen Reihe von Staaten noch keine ordentlichen Handelsbeziehungen haben, und befaßt sich sodann ausführlich mit der Frage der Bauförderung, deren unverzügliche Lösung er verlangt. Die heute vorgelegte Vorlage ist freilich nicht geeignet, der Wohnungsnot ernstlich abzuhelfen, da der Staat für Kredite nur bis zu einem Betrage von 100 Millionen garantiert; das ist nur ein Tropfen in das Meer des Elends. Weiter protestiert Redner entschieden dagegen, daß die Bezirke direkt verantwortlich werden und in ihnen nur staatliche Organe entscheiden sollen, und führt darüber Beschwerde, daß die Verwaltungsreform ohne Hinzuziehung jener Sachverständigen ausgearbeitet wurde, die schon an der Verfassung mitgearbeitet haben. Die Vorlage ist ein krasser Anbau gegen unsere Selbstverwaltung und es ist notwendig, daß sich alle gegen sie vereinen wie einst gegen die ähnlichen Vorlagen Dr. Löbbers.

Arvidh protestiert dagegen, daß nach zweimonatiger Pause eine rein formale Sitzung einberufen wird, trotzdem im außen- und innen-

politischen Leben eine Krise die andere überstürzt. In den schärfsten Ausdrücken kritisiert er die Verwaltungsreform, die den Absolutismus der Bürokratie in der ganzen Verwaltung herzustellen soll. Dieses Regierungssystem ist aufgebaut auf der schmutzigsten Korruption unter den Regierungsparteien. Man könne geradezu den Preis bestimmen, wieviel Kohleneinfuhrscheine jeder Ministersekel koste. Wegen der Verletzung der Autonomie Karpatenrusslands gehöre das ganze Ministerium auf die Anklagebank.

Genosse Schiler

bedauert zunächst, daß die Tschechoslowakei seit ihrer Gründung in der Handelspolitik einen verkehrten und falschen Weg eingeschlagen und daran festgehalten hat. Aus ganz falschen Anschauungen heraus hat man die Nachbarstaaten, insbesondere Österreich und Deutschland, lange Zeit in einer Weise behandelt, die auf den Handelsverkehr mit diesen Staaten höchst ungünstig rückwirken mußten. Dabei zeigt jede Statistik des Außenhandels, daß für uns wirtschaftlich nur die Nachbarstaaten von Bedeutung sind und daß die Staaten, mit denen man mit besonderer Vorliebe Beziehungen sucht, erst in sehr weitem Abstand davon in Frage kommen; Redner weist dies ausführlich an Hand der letzten Ein- und Ausfuhrziffern nach und

wendet sich dann energisch gegen die Behauptung, als ob erst die Zollgesetze vom Juni vorigen Jahres die Tschechoslowakei in den Stand versetzt hätten, bei den Handelsvertragsverhandlungen so richtig aufzutreten; es haben sich im Gegenteil die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen dadurch wesentlich gesteigert!

Genosse Schäfer gibt sodann im Namen unseres Klubs die Erklärung zu dem neuesten Anschlag der Koalition auf die Selbstverwaltung ab, die wir an anderer Stelle veröffentlichten.

Anschließend daran verweist Genosse Schäfer in empörten Worten auf die staatsrechtliche Erklärung, die der jetzige Minister Dr. Spina beim Zusammentritt des neuen Parlamentes Ende 1925 abgegeben hat; darin war ausdrücklich als Ziel seiner Partei die Erringung der Selbstbestimmung der Völker und der Selbstverwaltung der Deutschen in diesem Staate betont. Auch Krepel hielt ein Jahr früher bei einer großen Feier in Leimeritz eine stammende Rede gegen die Unterdrückungspolitik dieses Staates den Minderheiten gegenüber und rief aus: Wenn Menschen schweigen, werden die Steine reden!

Das Echo dieser Reden ist noch nicht verklungen und schon gehören die Landbändler, Altkrisalen und Gewerbetreibender einer Regierung an, die in der Entrechtung der breiten Volksschichten noch viel weiter gehen will, als man es bisher gewagt hat.

Muß das nicht in dem noch demokratisch denkenden Teil des tschechischen Volkes die Meinung hervorgerufen, daß der Rücktritt in diesem Staate, die Einbeziehung der breiten Massen des Volkes, die Entroffnung der Selbstverwaltung nur ermöglicht wurde dadurch, daß sich deutsche Parteien als Werkzeuge zu den tschechischen Mehrheitsparteien hinzugesellt haben. Wie feinerzeit im alten Österreich die Minderheitsvölker für die Schandpolitik der Habsburger immer und immer wieder mit Recht die deutschbürgerlichen Parteien verantwortlich machen konnten, ebenso muß sich heute der demokratisch denkende Teil der tschechischen Bevölkerung fragen:

„Wenn ein Heilensamt zu übernehmen ist an demokratischen Rechten, so stellen sich zur rechten Zeit deutschsprechende bürgerliche Parteien zur Verfügung.“

Was erreichen sie damit? Nach allem, was wir bisher aus dem Munde der deutschen Minister über die Koalitionspolitik gehört haben, nichts. Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß die Zuwendung von

Kohleneinfuhrscheine

ein nationales Zugeständnis wäre oder daß in der Schaffung einer tschechoslowakischen Landweche eine entsprechende Entschädigung dafür liege, daß die deutschen Aktivisten in der Regierung der Verlängerung der Dienstzeit zustimmen.

Wir können in dem bisherigen Verhalten der deutschen Regierungsparteien nichts sehen, was uns veranlassen könnte, nicht das aller-schärfste Mißtrauen einer solchen Regierung auszusprechen. Wir haben heute im Hause die Vorlage über die Verwaltungsreform erhalten und

wir sehen, daß die deutschen Minister schon festgebunden sind, daß der ganze Post bereits abgeschlossen ist; es wird sich nur darum handeln, der Bevölkerung draußen die Augen darüber zu öffnen, zu welcher politischen Henslerarbeit sich die deutschbürgerlichen Parteien zur Verfügung stellen. Wir fürchten uns trotzdem vor der Zukunft nicht. Sie können, meine sehr verehrten Herren von den Mehrheitsparteien, zunächst das Volk in die Irre führen, Sie können aufräumen mit den letzten Resten der Demokratie, Sie beweisen damit nur eines: Daß wir recht gehabt haben, als wir mit großem Mißtrauen die demokratischen Beteuerungen aufgenommen haben. Es zeigt uns das Verhalten der Regierungsparteien auf der deutschen Seite, daß alles, was Sie im Laufe der Jahre seit der Errichtung der Tschechoslowakei an Beteuerungen für Selbstverwaltung, für Selbstbestimmung der Völker und für Demokratie versprochen haben, nichts anderes war als pure Heuchelei und eine großangelegte Irreführung der Bevölkerung, denn sonst könnten Sie nicht die Hand dazu bieten, daß das Schandwerk vollendet wird, zu dem man sich jetzt entschlossen hat. (Starker Beifall und Zustimmung.)

Kurtbal (Autonom. Karpatenrussen) legt gegen die Aushebung der autonomen Rechte Karpatenrusslands Protest ein, namentlich gegen die Aufhebung der Gane und gegen die Verlegung der Landeshauptstadt von Ungvar nach Munkacs.

Dr. Déter (tsch. Soz. Dem.) sieht in dem vorliegenden Handelsvertrag das erste Abwärtswort der politischen Linie, die die Jollmehrheit bisher verfolgt hat; dies wurde aber unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse erzwingen. Er billigt die bisherige Politik des Außenministers gegen Ungarn und verwahrt sich gegen die Manövrierarbeit, die gegen den Minister ins Werk gesetzt wird, namentlich von Seite der ungarischen Aktivisten unter Führung Szent Ivans, der als Bedingung für die Unterjügung der Regierung ein freundschaftliches Verhältnis zu Ungarn noch mehr als bisher betont haben will.

Jung (d. Nat. Soz.) nimmt gegen das Wachstum der Verwaltungsreform Stellung und erklärt die deutsche Regierungsparteien an ihre ungeheueren Verantwortung; die Vorlage bedeutet direkt die Entmündigung des deutschen Volkes in diesem Staate. Es wäre Pflicht der deutschen Minister gewesen, über den engen Rahmen der Partei hinauszusehen und sich ihres Versprechens zu erinnern, Beauftragte des gesamten deutschen Volkes sein zu wollen.

Majer (Rom.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die ungarischen Bestrebungen, die Habsburger wieder auf den ungarischen Thron zu bringen.

Alein (tsch. Soz. Dem.) wirft der Regierung vor, daß sie überhaupt kein ordentliches Wirtschaftsprogramm hat und daß ihre Handelspolitik falsch ist. Er verwahrt sich gegen die Auffassung des Berichterstatters, als ob erst die Zollvorlage den Vertrag mit Ungarn ermöglicht hätte.

Der tschechische Agrarier Joch polemisiert gegen Déter und preist den Eintritt der Slowaken in die Regierung als das beste Mittel gegen die ungarische Propaganda in der Slowakei.

Der Handelsvertrag wird sodann in erster Lesung angenommen und nach den Verlesungen der Referenten die Debatte über die beiden nächsten Punkte, den

Handelsvertrag mit der Türkei und ein Zusatzprotokoll zu dem Wirtschaftsvertrag mit der belgisch-luxemburgischen Union,

vereinigt. Dr. Smeral, der nach mehr als einjähriger Abwesenheit aus Rußland zurückgekehrt ist, verliest eine Erklärung, die gegen die englischen Truppenansammlungen gegenüber der revolutionären Befreiungsbewegung China's protestiert. Die Tschechoslowakei soll gegen diese Politik der bewaffneten Faust dadurch protestieren, daß sie die chinesische Nationalregierung politisch anerkennt und mit der Kantongregierung wirtschaftliche Verträge schließt.

Es sprechen noch zwei karpatenrussische Abgeordnete, Dr. Gagato und Mondol, die beide scharfsten gegen die Verletzung der verfassungsgemäß gewährten Autonomie Karpatenrusslands und namentlich gegen den Anschluß des Ungvarer Ganes an die Slowakei protestieren.

Auch diese beiden Vorlagen werden in erster Lesung angenommen. Das Hans stimmt sodann einem Antrag auf Rückverweisung der Immunitätsangelegenheit des Abgeordneten Horpuka, gegen den von der deutschen Regierungsparteien eine Klage beantragt wurde, an den Immunitätsausschuß zu.

Nach kurzer Unterbrechung wird aus formalen Gründen eine

zweite Sitzung

eröffnet, um die Zuweisung der eingebrachten Regierungsvorträge an die einzelnen Ausschüsse vornehmen zu können. U. a. wird die Bauförderungs-vorlage dem sozialpolitischen und Budgetausschuß zur Beschlußfassung innerhalb acht Tagen zugewiesen. Die Zuweisung der Verwaltungsreform erfolgt ohne besondere Frist; die Ausschüsse haben also dreißig Tage Zeit zur Beratung.

Der Rest der Sitzung ist Immunitäts-fällen gewidmet. Der Kommunist Jiel sollte infolge seiner neuerlichen Verurteilung wegen der Parlamentsobstruktion eine frühere bedingt verhängte Strafe von drei Monaten abgeben; das Hans verteidigt dem diesbezüglichen Begehren jedoch seine Zustimmung, so daß Jiel die drei Monate erspart bleiben.

Zu etwas launiger Auseinandersetzungen kommt es zum Schluß, als der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses Cufil und auch der Kammerpräsident selbst auf kommunistische Anfragen reagieren. Dann schließt der Vorsitzende kurz nach 5 Uhr die Sitzung.

Da inzwischen die Ausschüsse arbeiten sollen, wird der Termin für die nächste Sitzung schriftlich anberaumt werden.

Das Bild des Heilands.

Von J. Reismann.

Schreiben konnte ihm nicht, er war vor dem argerlichen Elend gefichert, dann er besaß einen Schatz wie kein zweiter, ihn hielt die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und dazu hatte er noch eine Waffe gegen Unglückschläge, die seine Existenz in Frage stellten, er hielt es wohlverwahrt, sein Bild des Heilands, es lag am besten versteckt in einem Koffer, gut einwickelt in solidem Papiere! — „Wenn es wirklich schon nicht anders gehen sollte, dann werde ich meinen Heiland also verkaufen!“

Der Winter kam mit allen seinen Härten. Zum Hunger und zur Arbeitslosigkeit gesellte sich noch eine furchtbare Kälte. Die Armut darbe und litt. Für die Kunstgeschichte aber begann mit dem Einzug des Winters, wie alljährlich, ein neues Winterkammer. An den Plafonds hängte bereits eine neue Anordnung des Professors. In dieser „Welt“ hatte sich durch den Krieg nicht viel geändert. Nur das Vortragsthema war ein anderes geworden, natürlich nicht mehr die „Einführung in die klassische Frührenaissance“, sondern diesmal waren es „Die Meister der holländischen Schule“. — Den Vorlesungen konnte Schüler schließlich nicht mehr folgen, obwohl er genug Zeit besaß. Doch er war — postlerlos! Dazu waren seine erfrorenen Hände aufsprungen und eine große Wunde eierte unaußerlich. Er mußte im Bett liegen und litt große Schmerzen, außerdem bedrückte ihn das Gefühl der Arbeitslosigkeit, er litt oft Hunger und darbe nicht selten. Frau Klein, wo er vor dem Koffer gewohnt hatte, war angeblich in eine andere Stadt überfiedelt. Als er zurückkehrte und

sie aussuchen wollte, traf er in der Wohnung neue Mieter. Er logierte jetzt bei einer Frau Züh, der er schon seit zwei Monaten die Miete schuldet. Er schämte sich, der Zimmervermieterin im Vorzimmer zu begegnen. In letzter Zeit, da er beständig wurde, drängte sie ihn bereits „wegen seiner Schuld“. Wie tief ihn das Wort „Schuld“ verletzete! Trug er denn „Schuld“ an dem allgemeinen Elend und der Arbeitslosigkeit? Schlich aber konnte er ihr ihre Angelegenheit auch nicht verübeln. Mußte sie denn nicht, auch dem Gevatter, der Wirtschafter, dem Fleischer, dem Bäcker und den sonstigen Händlern bezahlen? Aber sie ließ es ihn fühlen, daß er ihr für die freibehaltene Miete und den Morgenkaffee zu Dank verpflichtet sein mußte. So geschah es winter, daß sie in der Früh den anderen den Koffer auf den Tisch stellte und an ihn „verheerlich“ verlegte. Er wagte es nicht, sie zu erinnern, daß sie an ihn mit dem Reubind vergessen hatte. Wo waren die Zeiten dahin, da ein Toni oder Pepi oder wie all die mit jeder Jahreszeit bei Frau Klein wechselnden Stützen hießen, den Koffer mit dem „Tageblatt“ auf den Tisch beim Bett stellten und es oft dramatische Szenen „wegen der Haut“ gab! Jetzt wagte er nicht einmal zu sagen, daß man an ihn mit dem Reubind vergessen hatte! In solchen Fällen schienen die Kriegswunden Kälte noch mehr zu schmerzen. Er litt und schmerzte. Der einzige Lichtpunkt während seines Krankelagers war noch die Hoffnung auf Hilfe — durch das Bild des Heilands, das unbekanntes Werk des alten, großen Meisters. Er war jetzt fast entschlossen, es zu verkaufen, sobald es ihm irgendwie möglich sein sollte, auf die Straße zu kommen. Das Bild lag noch immer wohlverwahrt im Koffer, keiner der Zimmerkollegen, zwei öhere Kommis, wußten davon. Nur wenn er ganz sicher war, daß sie fortwähren, trotz er aus dem Bett, öffnete den Koffer und zog das Bild hervor. Er bewachte es vor der Papierhülle; ja, nichts hatte sich geändert, das

Bild hatte nicht den geringsten Schaden erlitten und die Augen des Heilands schienen immer noch nach allen Seiten zu blicken, genau so wie damals, als er das Bild zum ersten Male entdeckt hatte.

Eines Tages trat eine Quartiergeberin mit einem fremden jungen Menschen ins Zimmer, den sie ihm als einen neuen Quartierherrn vorstellte, der vom Hinzugehen an sein Bett besorgen würde. Sie kündigte ihm also auf diese Weise die Wohnung. Sie setzte ihn „wegen der großen Schuld“ vor die Türe! Wir und Frauen wußten ihm die Seele zuammen. Er war anfangs keines Wortes fähig. Dann kam ihm blühartig ein Einfall.

„Hier ist der Schlüssel zu meinem Koffer, Frau Züh. Ich habe darin ein Bild verwahrt. Es ist ein Delgemälde von großem Werte, ein unbekanntes Werk eines alten, großen Meisters. Bitte, geben Sie es dem erltesten Händler oder Treidler um jeden Preis, den er Ihnen dafür bietet. Und machen Sie sich von dem Erlöse bezahlt!“

Die Frau nahm den Schlüssel und öffnete den Koffer. Als sie das Bild von der Papierhülle befreit hatte, sprach sie kein Wort mehr „von der großen Schuld“. — „Hatte sie der Gedanke berührt, daß der krank Postlerlos noch etwas Wertvolles besaß, von dem sie bisher nichts gewußt hatte, oder hatten die Augen des Heilands, die nach allen Seiten zu blicken schienen, diesmal auch in das Herz der Zimmervermieterin geschaut?“

Und es kam der Frühling wieder. Der Frühling mit all seiner Sonne und Wärme und einem lächelnden Himmel, der auch über dem „Vaterlande“ wieder zu lächeln begann, das den Krieg verloren hatte. Auch für Erich Schüler wurde es Frühling. Die Schmerzen ließen nach. Die Wunde verheilte. Er fand einen Posten. Eine Polsterfirma mit großem Ervorte suchte einen Konterfisten mit italienischen Sprachkenntnissen.

Er wurde akzeptiert und bekam einen anständigen Gehalt, mit dem er sehr gut auskommen konnte. Die Vorlesungen über „Die Kunst der holländischen Schule“ hatte er wohl verkauft. Außerdem brauchte er nach der ziemlich anstrengenden Büro-tätigkeit Ruhe und Schonung für seine Füße. In einem Verlaufe seines Bildes war es natürlich nicht gekommen.

Eines schönen Tages oder erschloß er sich, das Gemälde als Leberstein an den Krieg im seinem Zimmer, welches er jetzt allein bewohnte, aufzuhängen. Niemand wird ihn heute mehr des unehrenhaften Erwerbes eines kostbaren Bildes bezichtigen. Auch wollte er endlich erfahren, wer das Werk gemalt hatte, welcher Meister es wohl gewesen war. Deshalb besuchte er also den Professor für Kunstgeschichte, zeigte ihm das Bild und bemerkte, daß es ihm von privater Seite zum Kaufe angeboten worden sei. Der Professor untersuchte das Werk. Er hielt es mehreremals gegen das Licht, dann wieder gegen den Schatten, endlich sprach er, das Lachen kaum zurückhaltend: „Ein plumpes Nachwerk! Die Kleckerei irpender eines unbekanntem Malers! Diskontinuarbeit! Wertlos! Vollkommen wertlos!“

Im folgenden Semester hielt der Professor für Kunstgeschichte natürlich wieder einen neuen, vollständigen Kurs. Das Thema lautete diesmal: „Ueber moderne Kunst“.

Erich Schüler aber sah während des Tages im Büro der Polsterfirma, abends mit seinem Andenken an den Krieg, den erfrorenen Füßen, in seinem freundlichen, warmen Zimmer.

Das Bild hatte er, obgleich es nur ein Nachwerk war, dennoch in seinem Zimmer aufgehängt. Die Augen des Heilands aber schienen weiterhin nach allen Seiten zu blicken, genau so wie damals, da Erich Schüler das Bild zum ersten Male entdeckt hatte und damit das unbekanntes Werk eines alten, großen Meisters gefunden zu haben glaubte.

Cude,

Ein netter Anfang.

Ohne Bruch der Geschäftsordnung gehts nicht mehr!

Die Verhandlungen der Verwaltungsreform im verfassungsgesetzlichen Ausschuss, der unmittelbar nach der Hausungung zusammentrat, haben gleich mit einer kühnen Geschwätzverkennung angefangen. Die Mehrheit wollte nämlich gleich die Verhandlung der Vorlage im Ausschuss aufheben, als Genosse Dr. Czoch bewies, daß nach der strikten Vorschrift des Gesetzes vom 22. Dezember 1924 über die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung schon längst eine besondere Kommission aus Parlamentarizern und Fachleuten hätte eingesetzt werden müssen, die die Verwaltungsreform zu beraten hat. Der Ausschuss hat also nicht das Recht, entgegen dieser bindenden Vorschrift allein an die Beratung dieser „Reform“ zu gehen.

Niemlich konfirmiert schloß der Vorsitzende die Sitzung, um einer Entscheidung zu entgehen. Inzwischen werden sicher die gewichtigsten Interessen der Geschäftsordnung die Köpfe zusammenstrecken, mit welchem Dreh man sich über diese fatale Kommission, die man selbst einmal unvorsichtigerweise schaffen wollte, hinwegsetzen könnte; aber ohne eine offensündige Geschwätzverkennung wird es dabei wohl nicht abgehen. Was liegt auch schon daran, eine mehr oder weniger macht doch bei der Masse schon nichts mehr aus!

In der Sitzung des verfassungsgesetzlichen Ausschusses wies der Vorsitzende Misura den Einlauf einzelnen Abgeordneten zum Referat zu. So die Bruderladenvorlage dem Abgeordneten Vanak und die Vorlage über die Verwaltungsreform dem Dr. Krause. Hierauf meldete sich Dr. Reihner zum Wort und beantragte mit Rücksicht auf die außerordentliche Wichtigkeit und Komplexität des Gegenstandes zur Beratung der Verwaltungsreform Sachverständige beizuziehen; als solche schlägt er die Professoren Högl, Wehr, Blaschka, Rauberg, den gelehrten Minister Dr. Kallay und einen Vertreter der tschechischen Selbstverwaltungskörper vor. Gegen diesen Antrag, den der Vorsitzende als geschäftsordnungswidrig bezeichnet, wendete sich mit aller Entschiedenheit Dr. Krause, der erklärte, daß schon aus ökonomischen Gründen ein derartiger Antrag unmöglich sei; die Sachverständigen zur Vorlage über das Autowohl hätten 30.000 K. gekostet. Die Beiziehung von Sachverständigen sei auch sachlich überflüssig, da die Mit-

glieder des Verfassungsausschusses die in Betracht kommenden Fragen durchaus beherrschen.

Hierauf gelangte

Genosse Dr. Czoch

zu Worte, der erklärte, daß er gegen die Verhandlung der Verwaltungsreform im Ausschuss überhaupt Einspruch erhebe. Er fügte sich hierbei auf das vom Parlament beschlossene Gesetz vom 22. Dezember 1924 betreffend Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung; darin wird die Regierung ausdrücklich beauftragt, dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes über die einschlägige Regelung des Verwaltungsverfahrens vorzulegen und im Interesse der einschlägigen Durchführung aller notwendigen Maßnahmen

eine aus amtlichen und außeramtlichen Sachverständigen zusammengesetzte Kommission zu bestellen, deren Zusammensetzung, Wirkungsbereich und Arbeitsprogramm dem zu bestimmen ist, daß die richtige Durchführung der bezeichneten Aufgaben in kürzester Zeit erreicht wird. Die einschlägige gesetzliche Bestimmung ist für die Regierung und schon gar für den Verfassungsausschuss bindend und bedarf striktester Respektierung. Wenn das Gesetz aus irgendeinem Grunde überholt sei, dann bleibe den Herren von der Mehrheit nichts anderes übrig, als im Parlament die Aufhebung der diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften zu beantragen. Solange dies aber nicht geschehen sei, sei der verfassungsgesetzliche Ausschuss daran gebunden und dürfe die Vorlage nicht in Verhandlung ziehen.

Der Vorsitzende erklärte, diesen Antrag heute nicht zum Gegenstand der Entscheidung zu machen; der Antrag könne dagegen in der nächsten Sitzung wiederholt und dann in Beratung gezogen werden.

Dr. Dezer (sch. Soz. Dem.) schloß sich der Auffassung des Genossen Dr. Czoch an und unterstrich neuerlich die von Dr. Czoch vorgebrachten Argumente. Er verlangte gleichfalls die Absetzung der Verwaltungsreform von der Tagesordnung.

Der Vorsitzende erklärte jedoch, an seiner Meinung festhalten zu müssen, daß er die Anträge heute nicht zur Abstimmung bringen könne, und bewies die nächste Sitzung des Ausschusses für Mittwoch, den 23. Jänner um 3 Uhr nachmittags an.

Kampfbereit zwischen Christlichsozialen und Landbündlern.

Spina und Mahr-Harting und ihre Parteien sind sich gewiß in dem einen Punkte einig, daß die „Macht“, das heißt, die Teilnahme an der Regierung von ihnen gründlich ausgenutzt werden müsse, den Besitzklassen das Leben noch erträglicher und einträglicher zu gestalten, den Arbeitern aber Faustkeile zu werfen. Das hindert aber diese Regierungsparteien durchaus nicht, von Zeit zu Zeit das hehre Schauspiel von der aktivistischen Einheit durch keine Internerziele zu unterbrechen, die erlernen lassen, daß Landbündler und Merkale einander innerhalb und außerhalb der Regierung wiederkonkurrieren wollen, weil, um weil halt auch bei der Aufteilung von Korruptionsgewinnen der Quotient um so größer ist, je kleiner der Divisor.

Wir berichten an anderer Stelle über die kürzlich in Nikolsburg stattgefundenen Landbündler- und Gewerdeparteierdemonstration. Als dritter Redner sprach dort der landbündlerische Senator Lufsch, der die aktivistische Einheitswelle ein wenig trübte, indem er sich gegen jene wendete, die „das Christentum gepachtet haben“ und erklärte: „Man braucht nur ein guter Katholik, aber nicht ein Christlichsozialer zu sein, um in den Himmel zu kommen“. Diese und ähnliche Verhörungen des landbündlerischen Senators bewirken, daß er zunächst statt in den Himmel, in die christlichsoziale Parteipresse kam, die sich den Vertreter der Regierungsparteierdemonstration gründlich anstellt. „Die Ausführungen Lufschens“, so schreibt liebevoll und christlich-milde die katholische „Nikolsburger Wochenpost“... „litten, gelinde gesagt, an Altersschwäche“. Zwei Spalten lang wird über den „alten Herrn“ Mahr geflücht, der sogar so unerschämte war, die Nikolsburger Protestversammlung ohne die Christlichsozialen abzuhalten, die doch nicht nur in der Regierung, sondern auch draußen in den Versammlungen mit dabei sein wollen, wenn gegen die Arbeiter, gegen die „Arbeitslosen und Lumpen“ und ihre „Faustkeile“ geht! Und weil Herr Lufsch unter anderem auch sagte, daß nur die Landbündler wirklich Bauern als parlamentarische Vertreter hätten, erinnert das christlichsoziale Blatt die Landbündler an den „Bauern“ Spina, der Unberühmterprofessor für Slavistik ist.

Auf solche Weise wird ganz hübsch illustriert, wie Christlichsoziale und Landbündler, die natürlich beide die Volksgemeinschaft im Herzen tragen, einander um jeden Wähler in die Haare fahren und sich immer nur finden, wenn es gegen das arbeitende Volk und für ihre eigenen Taschen geht.

Krumpe Wege.

Im Hauptstätt der Christlichsozialen Partei, der „Deutschen Presse“ in Prag, verdrängt Abg. Krumpe die ungenügende Tatsache, daß für christlichsoziale Zwecke keines der Regierung

die wertvollen Einfuhrzölle für polnische Kohle zur Verfügung gestellt wurden. Es handelte sich nicht um die politische Zauberei, sondern um gefälschte jüdische Geschäftsinteressen. Korruption sei es keine, weil die Erteilung von Einfuhrzöllen nicht an Gelegenheitsleistungen gebunden ist. Herr Krumpe geht hier sehr krumpe Wege und in der Verteilung der Talsachen ist er als Jehu-erzählung Meister. Wenn er gesagt hätte, es handelte sich um eine Belohnung für das politische Hauptsein der deutschen Christlichsozialen, Landbündler und Gewerdeparteiler, die jetzt den tschechischen Machthabern aus der Hand freissen, wäre er der Wahrheit nahegekommen. Das darf er natürlich nicht sagen, und spricht daher davon, daß keine Gegenleistungen verlangt wurden. Wenn alle Stricke rissen, und die Geschichte selbst dem einförmigen Manne politisch unklar erscheint, bleibt noch das antisemitische Schlagwort: Der Jude! Damit nicht jüdische Kohlenfirmen das schmutzige Geld allein einziehen, machen das „saubere“ Geschäft christlichsoziale, landbündlerische und gewerdeparteiliche Unternehmungen mit! Und Herr Krumpe gibt dazu seinen päpstlichen Segen, den er sich in Rom erteilt für solche Dinge geholt zu haben scheint: „Wenn das Geld im Hatten fließt, die Seele in den Himmel springt.“ Der ärmliche Schmutz kann den schwarzen Seelen nicht schaden, denn Pein, Losprechung von der Sünde und Ablass machen alles wieder heil. Dieses Geschäft macht ihnen keiner nach!

In der kommunistischen Organisation geht es vorwärts.

In der kommunistischen Wätern wird immer dauernd von einem rapiden Aufstieg der kommunistischen Partei berichtet. Überall sind große Siege zu verzeichnen und überall versucht man durch irrtümliche Nachrichten die Arbeiterklasse zu täuschen.

Daß dem nicht so ist, beweist ein Zirkular, welches an alle kommunistischen Lokalorganisationen des Rumburg-Bardubitzer Gebietes durch den kommunistischen Sekretär Wenderlich abgeschrieben wurde.

Um der Öffentlichkeit einmal die inneren Verhältnisse wahrheitsgetreu vor Augen zu führen, wollen wir dieses Zirkular der Öffentlichkeit bekanntgeben. Es lautet folgendermaßen:

Rumburg, am 8. Dezember 1924.

An alle Lokalorganisationen!

Werte Genossen!

Von den meisten Organisationen fehlen mir noch immer die Mitgliederlisten. Nach dem Kartennumbe ist ein Rückgang zu verzeichnen. Ich muß also unbedingt die Listen haben, um die Ursache des Rückganges feststellen und den Bericht an die Bezirksjahreskonferenz ausarbeiten zu können. Auch haben eine Reihe von Organisationen eine erhebliche Schuld beim Bezirk. Der Bezirk ist nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn diese Schulden nicht abgedeckt werden. Wir würden den schwachen Organisationen empfehlen, eine Ver-

anstaltung, vielleicht eine Märzfeier durchzuführen, um sich finanziell zu stärken. Zum Zwecke einer genauen Kontrolle sind, soweit das noch nicht geschehen ist, sofort sämtliche Mitgliedsbücher einzusehen und abzustempeln; dabei ist natürlich zu beachten, daß die Karten bis Jahreschluss geliebt sind. Die Bezirksleitung hat im Auftrage des Kreises beschlossen, daß in den nächsten Tagen in allen Lokalen Kontrollen durchgeführt werden. Ich ersuche die Lokalorganisationen, sich mit den Kassieren ins Einvernehmen zu setzen, damit dieselbe Klage durchgeführt werden kann. Dann können die Bücher wieder ausgegeben werden. Diese Kontrolle erstreckt sich auf die gesamte organisatorische und administrative Hebung. Der Tag derselben wird euch noch kurz vorher mitgeteilt. Des Weiteren wird vom Kreise Beschwerde geführt, daß die Vierteljahrsberichte so spätlich eingehen; ich kann eben nur die einsehenden, die wir jagen. Zur Kräftigen Organisation der Partei sind diese Berichte unbedingt erforderlich. Auch ist die „Karte Hilfe“-Organisation mit Beginn dieses Jahres auf alle Fälle zu errichten. Weiters werden in kürzester Zeit Funktionärliste und solche für Arbeiterkorrespondenzen abgehalten. Diese sind außerordentlich wichtig, das Niederland berichtet sich gar nicht. Dann sind liberalen Kreisstellen zu errichten, damit unsere Genossen über die grundsätzlichen Fragen unserer Bewegung diskutieren können. Wo also irgend eine Möglichkeit besteht, sind solche Stellen zu errichten.

Mit kommunistischem Gruß

Josef Wenderlich.

Franz Kiemer.

Aus diesem Zirkular ist zu ersehen, daß doch nicht alles so krumpe ist. Die Mitgliederlisten fehlen noch immer, der Kartennumbe ist zurückgeblieben, die Lokalorganisationen haben Schulden beim Bezirk, sie kommen ihren Verpflichtungen nicht nach. Der Bezirk kann seinen Verpflichtungen ebenfalls nicht nachkommen, wenn die Schulden nicht bezahlt werden usw. Aus diesem Grunde sollten wohlmeinlich Märzfeiern veranstaltet werden, um die Kasfen der Lokalorganisationen zu sanieren. Eine „Karte Hilfe“-Organisation soll errichtet werden, um womöglich alle aufzuklären zu können und dadurch für die Organisation Geld zu beschaffen. — Es geht wirklich vorwärts in der kommunistischen Partei.

Vor dem Kampfe um die Schule. In einem Leitartikel berichtet das „Pravo Lidu“ über die Absicht der Merkale, die Verstaatlichung der Schule durchzuführen. Da das Gesetz über die Gesamtschule nicht durchgeführt werden wird, soll auch das Schulgesetz vom Jahre 1920 beibehalten werden. Es wird im Geiste derselben Resolution novellisiert werden, wie das Gesetz über die Verwaltungsreform. In den Bezirksauschüssen wird nach dem Wunsche der Merkale der Einfluß der Lehrerschaft eingeschränkt, dafür wird die Zahl der von der Regierung ernannten Vertreter vermehrt werden.

Höher geht's nimmer! Der Kampf um Schlesien und die schamlose Demagogie der Christlichsozialen.

Die Christlichsozialen wissen sehr gut, daß sie in Schlesien nicht eine Verammlung mehr wagen können, wenn ihnen die Schlesier auf die schandbare Rolle kommen, die sie in dem Kampfe um die Rettung des einzigen deutschen Verwaltungsgebietes der Republik spielen. Es bleibt ihnen daher nichts anderes übrig als mit dem Mute der Frechheit zu lägen. Wir haben schon einige Fälle der christlichsozialen Demagogie charakterisiert.

Unsere Leser werden sich der Gegenüberstellung zweier christlichsozialer Stimmen aus Schlesien und Prag erinnern, die den Verrat bestätigen. Wir haben über die Rolle des Herrn Lufsch, der in Schlesien für die Parole „Schlesien den Schlesiern“ kämpft und in der Osmicka die Schlesier verrät, geschrieben.

Die Christlichsozialen setzen ihre demagogischen Manöver, weder durch Gewissen noch durch Furcht vor der Blamage beschwert, wacker fort. Das Jägerndorfer „Volk“ vom Samstag geht so weit, die „Deutsche Presse“ als christliches Parteiblatt abzuleugnen. Das ist zwar eine alte christlichsoziale Taktik — verleugnet doch die österreichische christlichsoziale Partei noch heute ab und zu ihr Reichenschaublad. Die Jägerndorfer „Reichspost“ — aber es wird bei dem traurigen Auf, den sich die „Deutsche Presse“ in der Verleumdung der Merkale Politik erworben hat, den Pfaffen nicht viel nützen. „Das Volk“ polemisiert frisch drauf los mit der „Deutschen Presse“ und wendet sich gegen alle Argumente, die für die Auflösung der schlesischen Landeshoheit sprechen. Es verweigert sich zu folgenden Sätzen:

„Und noch ein Wort — vielleicht das wichtigste in diesem Streit der Meinungen. Die deutsche christlichsoziale Volkspartei in Schlesien und Rordmähren hat als stärkste und maßgebendste Partei in diesen Landesteilen und als ein sehr ansehnlicher Teil der Gesamtpartei im Staate in ihrer Parteileitungsgeschichte vom 21. Jänner zur Frage der Zusammenlegung Mährens und Schlesiens Stellung genommen und sich einmütig und mit vollem Ernste für die Erhaltung der Selbstständigkeit Schlesiens ausgesprochen. In Anbetracht der Stellung der Partei in diesen Landesteilen, im Hinblick auf den Ernst und die Klarheit des Beschlusses der Parteileitung und nicht zuletzt im Hinblick auf die Tatsache, daß der jetzige Landobmann der Partei Abg. Dr. Lufsch der einzige Schlesier im Älterauschusse der Reichspartei ist, ist es in Schlesien sehr befremdend,

Die Rückentwicklung zum Agrarstaat. Das Blatt des demokratischen Flügels der Nationaldemokratischen „Demokratische Zeitung“ schreibt unter dem Titel „Die Bauerndiktatur auf trockenem Wege“:

Während der Kampf zwischen der Nationaldemokratie auf der einen Seite, der Arbeiterpartei und Gewerdepartei auf der anderen Seite wütet, während diese Parteien um jeden Fußbreit Boden, um jede Seele, um jedes Stimmzettel kämpfen, geht von Tag zu Tag offensichtlich der Einfluß der tschechischen Bevölkerungsmehrheit auf die parlamentarische Politik zurück. Alle diese Parteien sind unter die Räder des siegreich davonjahren agrarischen Wagens geraten. Und es ist das ärgerlich, daß sie sich dessen gar nicht bewußt werden. Auf trockenem Wege wurde eine Bauerndiktatur eingerichtet, von der noch ein bißchen die Merkale Nutzen ziehen. Das ist das traurige politische Bild eines Landes, das überwiegend industriell ist, das sich in einer schweren handelspolitischen Lage befindet, eines Landes, welches namentlich Deutschland bitten muß, es möge ihm lebensnotwendig erlaubten, Rawlin auszuführen, ohne das die reichsdeutschen Vorklassfabriken nicht existieren können, Serbe, ohne die die reichsdeutschen Bierbrauereien nicht sein können, Rundholz, ohne das die tschechischen Sägen nicht arbeiten können. Wir aber, statt daß wir von einem Rohstoffe anwachsenden Staate zu einem überwiegend veredelte Produkte ausführenden Staate uns entwickeln, gehen in unserer Entwicklung zurück.

Das ist ja alles nichts Neues, immorhin ist es bemerkenswert, daß dies ein nationaldemokratisches Blatt sagt.

Die Verösterreichung der Republik. Das „Pravo Lidu“ schreibt: „Entösterreichern war die revolutionäre Parole. Entösterreichern war die Parole der Zeit nach dem Umsturz. Die breiten Massen der Bevölkerung gingen begeistert und freudig hinter dieser Parole einher, mit Eifer ergriffen sie die Aufgabe der Wiedergeburt, entwickelten eine feierhafte Initiative, um die Reste des materiellen und sittlichen österreichischen Absolutismus so früh wie möglich wegzuräumen. Und sie nahen bei diesem großen moralischen Werke alle Hindernisse und Tuden zu beseitigen, welche von der hohen Bürokratie gemacht wurden. Und heute? Die Parole der tschechisch-deutschen Regierung ist, verösterreichern. Den Staatsbürger so zu verösterreichern, damit er ein machtloses Spielzeug in den Händen des Innenministeriums werde. Die Bezirkshauptorte werden mit einer solchen Macht über die Bürgerkraft befehle, von welcher ihnen in der Zeit der alten österreichisch-ungarischen Monarchie nicht einmal geträumt hat.“

daß die in der Öffentlichkeit als der Partei sehr nahegehend geltende „Deutsche Presse“ in der Frage „Schlesien“ eine Stellung eingenommen hat, die man hier in Schlesien nicht versteht und die sich im Widerspruch befindet mit der Haltung der tschechischen offiziellen Parteileitung. Der Umstand, daß der Verfasser von „und Schlesiern“ und „unserem Schlesien“ spricht, ist irreführend und verhärtet noch diesen Widerspruch, weshalb wir Schlesier mit allem Nachdruck erklären müssen, daß der erwähnte Artikelstreiber die Informationen zu seinen Ausführungen von keiner maßgebenden politischen Stelle erhalten hat und wir uns entschieden gegen diese Stimmungsmaße zu Ungunsten Schlesiens verwahren.“

Wer ist also maßgebend, wenn es nicht die Artikelstreiber der „Deutschen Presse“ sind, die das Zentralorgan, das Sprachrohr und der Lokale der christlichsozialen Partei ist? Maßgebend muß doch immerhin der Lufsch sein, wenn er in der Osmicka sitzt, in der das Gesetz angenommen wurde! Maßgebend muß der Minister Mahr-Harting sein, in dessen Beisein doch der Ministerrat das Gesetz zur Regierungsvorlage gemacht haben muß!

Und hat nicht der Mahr-Harting das Gesetz selbst gerechtfertigt? Hat das „Volk“ diese schände Billigung des nationalen Verrats an den Schlesiern nicht in derselben Zeitschrift, auf derselben Seite abgedruckt, die den Kampfabdruck trägt?

Wozu die „Deutsche Presse“ ableugnen — die allerdings stolz darauf sein mag, daß man mit ihr nichts zu tun haben will — wenn man doch die Hintermänner der „Deutschen Presse“, die Lufsch und Mahr-Harting nicht ableugnen kann. Nicht auf das Geschrei, das sie jetzt in Schlesien machen, kommt es an, sondern darauf,

wie die Merkale im Ministerrat, in der Osmicka gestimmt haben, wie sie im Parlament stimmen werden. Der Verrat wird nicht verborgen bleiben, auch wenn die Pfaffenblätter einander verleugnen. Das schlesische Volk wird diesem unerhörten Schwindel nicht aufsitzen!

Tages-Neuigkeiten.

Die Ramiester Mordtat.

Nach immer keine Lösung des Rätsels.

Seit zehn Tagen forschet die Untersuchungsbehörde vergeblich nach jenem oder jenen, die die furchtbare Tat im Ramiester Schloß auf dem Gewissen haben. Eine ganze Reihe von Leuten wurde schon der Täterschaft verdächtig, verhaftet, verhört, um schließlich wieder freigelassen zu werden. Der Sekretär B o j i s c h, der Sohn des Postamtsdirektors A d a m haben sich, sowie die Untersuchung zu Ergebnissen führt, als schuldig erwiesen, die anscheinend regende A u r o j a n i t z verhaftet — man freit vor einem Rätsel. Mit dem jüngst verhafteten H o r n i e e l scheinen die Untersuchungen auch nicht von der Stelle zu kommen. Montag nachmittags wurden in Ramiest wieder einige Personen einvernommen. Unter ihnen befand sich auch der Bruder des verhafteten H o r n i e e l. Er ist in Brünn-Königsfeld als Schlosser beschäftigt und ist offenbar unter dem niederschmetternden Eindruck der Festnahme seines Bruders und der plötzlichen Erkrankung der Mutter nach Ramiest gekommen. Seine Aussagen brachten für den Gang der Untersuchung nichts neues. Er holt den Bruder trotz seiner eigenartigen Veranlagung des furchtbaren Verbrechens, unter dessen Verdacht er verhaftet wurde, nicht für fähig. Auch ein neuerliches Verhör mit der Bedienerin B r e b a verlief ergebnislos.

Selbstverständlich verfolgt die Bevölkerung insbesondere der Ramiester Gegend, aber auch während überhaupt, Böhmens und sogar des angrenzenden Auslandes die furchtbare Kriminalität mit großem Interesse. Für die Untersuchungsorgane wird die Aufklärung der Tat natürlich um so schwieriger, je mehr man sich von dem Zeitpunkt der Tat entfernt. Dennoch kann man wohl annehmen, daß die mit so viel Eifer und Energie durchgeführten Nachforschungen schließlich doch nicht ohne Erfolg beendet werden müssen.

Das Erdbeben im Karst.

Belgrad, 15. Febr. Durch das in der vorgestrigen Nacht aufgetretene Erdbeben wurden in der Herzegowina und in Dalmatien, namentlich in den Gegenden von Stolac, Rapovo, Pola und Sebenico, ungeheure Schäden verursacht. Zahlreiche Häuser wurden vollständig zerstört, so z. B. der Bahnhof in Metkovic, die Zafabrik und eine Reihe öffentlicher Gebäude in Dubinje. In Stolac erlitten nahezu alle Häuser irgendwelche Schäden. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. In 12 Minuten wurden 19 heftige Erderschütterungen verzeichnet.

Oriz, 15. Febr. Die „Orizer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Die heute hier eingetroffenen Meldungen über das gestrige Erdbeben deuten, daß in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien mehrere tausend Häuser vollkommen zerstört worden sind. Die Zahl der Opfer an Menschenleben wird auf 600 geschätzt. Das Erdbeben wiederholte sich auch während der Nacht. Der Schaden wird auf ungefähr 100 Millionen Dinar angegeben. In Ragusa sind bei einem Dachstuhlsturz im „Hotel de Ville“ mehrere Personen getötet worden. Das Erdbeben wurde auch an der ganzen italienischen Küste von Triest bis Bari gespürt. Doch werden keine Schäden gemeldet.

Tod im Schacht. Auf der Zechen „Korbstein“ bei Herzogenrath (Bezirk Aachen) gerieten Montag am Ende der Frühzeit zwei Arbeiter in giftige Gase. Die über zwei Stunden lang gemachten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Drei Arbeiter wurden mit Bergungsarbeiten in das Krankenhaus eingeliefert. Sie sind jedoch außer Gefahr. — Auf der Grube „Georg“ bei Sachenberg im Westerwald verursachte ein Kohlegangener Schuß eine Explosion. Das niederstürzende Gestein verschüttete drei Bergleute, von denen zwei tot aus den Trümmern hervorgeholt wurden, während der dritte nur leichtere Verletzungen erlitten hatte.

Explosion. In der Abteilung Pulverpreßerei der Pulverfabrik Martin in Pirmasens (Bayern) ereignete sich gestern Nachmittag aus unbekannter Ursache eine Explosion, wobei die Inneneinrichtung der Abteilung gänzlich zerstört wurde. Ein Arbeiter wurde 100 Meter von seiner Arbeitsstätte entfernt in völlig verformtem Zustande aufgefunden; ein zweiter Arbeiter, der auch der Explosion zum Opfer fiel, konnte bis jetzt noch nicht aufgefunden werden. Ein dritter Arbeiter ist schwer verletzt.

Der Henker als Mörder. In Sofia findet derzeit ein interessanter Prozeß statt. Angeklagt ist eine der wichtigsten, ja geradezu die hervorragendste Amtsperson des bulgarischen Staates: der Henker Jukin Aschkanov, der durch zwei Jahre der Regierung Jankov treu gedient und viele Revolutionäre, unter ihnen auch die angesehenen Anführer des Attentats auf die Kaiserin von Sofia, hingerichtet hat. Der Mann scheint aber das, was er legal im Auftrag der Behörden und im Namen der von Herrn Jankov vermalenen Verfassung tat, auch privat ausüben zu haben, denn er ist jetzt wegen vielfacher Mordtaten angeklagt.

Blindenhilfe. Am 8. d. M. hat unsere Parlamentarier eine Deputation des Vereins der selbständigen Blinden entsandt, die ersuchte, daß die Kommission bei der Verhandlung der Vorlage zum Steuerreformgesetz die selbständigen sich ernährenden Blinden in dem Sinne unterstützen möge, daß ihr Existenzmittel

Briand gegen die Seeabriegelung.

Keine Sonderkonferenz ohne Genf.

Paris, 15. Febr. Der heute abgehaltene Ministerrat hat die von Außenminister Briand vorbereitete Antwortnote auf das amerikanische Memorandum betreffend die Seeabriegelung gebilligt. Briand schlägt dem Präsidenten Coolidge vor, Amerika solle seinen Vorschlag dem Völkerbund unterbreiten. Frankreich könne sich nicht entschließen, eine Sonderkonferenz zu beschicken, die

mit dem Völkerbund nichts gemein habe, und die durch zur Verletzung seiner Autorität beizutragen. Frankreich vertritt die Ansicht, daß bei der Erweiterung der Frage der Abriegelung zur See gleichzeitig auf die Küstungen zu Lande und in der Luft sowie auf die geographische Lage der interessierten Staaten Rücksicht genommen werden müsse.

Die „Fascisierung“ wird vollendet und wen wird man dann morden?

Rom, 14. Febr. In einer in Mailand gehaltenen Rede erklärte der faschistische Generalsekretär Tuzi, die Partei müsse daran denken, alle leitenden Stellen zu besetzen, d. h. 9000 Podesta, 20.000 Militärs und Offiziere der Jugendorganisationen, zehntausende von städtischen und Provinzinspektoren, tausende von leitenden Funktionären der politischen und Syndikatsorganisationen usw. Mussolini habe damit bereits begonnen durch die Ernennung von Faschisten zu Professoren, Ministern und Generalkonsuln. Die nächste Aufgabe des Faschismus sei die Disziplinierung des Sports, die Eingliederung der sozialen

in mindestens um 50 Prozent erhöht werde. Unsere Abgeordneten haben der Deputation die verlangte Unterstützung versprochen.

Wenn sich der Polist Jankovka irtz Der Oberösterreichische Landrat teil folgende merkwürdige Geschichte mit: Im Jänner 1923 erhielt die Welfer Firma Sünzinger und Doppler vom Landesgericht in Prag eine Zivilklage zugestellt, in der es hieß, daß im Juni 1924, also fast eineinhalb Jahre zuvor, in Prag ein Leptexer namens Rudolf Probst vom Auto A C 383 niederkam, verlor und ins Krankenhaus gebracht worden sei. Für Heilungskosten und Schmerzensgeld verlangte er jetzt 12.500 tschechische Kronen. Zu der Forderung am 12. Febr. 1926 habe ein Gesellschafter der Firma als Inhaber des Autos A C 383 persönlich zu erscheinen oder sich durch einen Anwalt vertreten zu lassen, weil sonst ein Verschärfungsurteil gefällt würde. Nun war die Nummer des Automobils allerdings richtig angegeben, aber weder das Auto noch einer der Gesellschafter hat jemals die tschechische Grenze überschritten. Wie sich später herausstellte, hat sich der den Autounfall aufnehmende tschechische Polist Jankovka getrennt und die Landbesitzung A in Prag für das österreichische Autokennzeichen A (Österreicher) gehalten. Ein Gesellschafter der Firma mußte persönlich nach Prag reisen, wo er trotz einer Verwahrung der Verhandlung erreichen konnte, weil das tschechische Gericht, trotz des strikten Nachweises, daß das Auto der Firma niemals in der Tschechoslowakei war, das Verfahren nicht einstellte. Einen Monat später war nochmals eine Reise nach Prag nötig, es ein Rechtsanwalt mußte genommen werden, bis es endlich gegen Ende 1926 dem Anwalt gelang den Prozeß einzustellen. Was nun kommt, ist grotesk: die Firma Sünzinger und Doppler mußte, trotzdem das Verfahren die Nullität der Klage ergeben hatte, nicht nur die Kosten der zweimaligen Reise nach Prag und für den eigenen Anwalt tragen, sondern, weil der übersehene Probst mit dem Armentrecht prozessiert hatte, auch die Prozeßkosten und den gegnerischen Anwalt bezahlen, was gegen 1200 S. (6000 K) ausmacht. Eine Schadenersatzklage gegen den tschechischen Staat wurde abgewiesen, weil dieser für die Handlung seiner Organe keine Haftung übernimmt!

Das Erwachende Ungarn erwacht jetzt zur Sittlichkeit. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß an dem unzufriedenen Bedrückungsregime des Regimes Vergegenwartung das Germele geändert oder irgend etwas von der königlich-ungarischen Korruption abgeändert wird. Der Kopf bleibt weiter fest und die Fehlung der Sittlichkeit beginnt bei den Weibern. Zunächst bei denen der Zuhälterinnen der angesehenen Mädchenhäuser in der Beter-Palastgasse. Es wurde eine Kappe auf alle Mädchen verbannt, die fleischfarbene Strümpfe oder knielange Röcke trugen, und die Zuhälterinnen wurden mit der strengsten Bestrafung nach Hause geschickt, in schwarzen Strümpfen und langen Röcken wiederzukommen. Ferner gab das Innenministerium eine Verordnung heraus, die alle gegen die Sittlichkeit verstoßenden Vorrichtungen und Anstaltungen verbietet und das „Kastreigen“ auf der Straße unter strengster Strafe stellt. Auch das Fluchen auf öffentlichen Plätzen soll bestraft werden. Man wird also dem Gorbis-Regime nur im Geheimen hinhaken dürfen.

Der Antischimmel. Der Arbeiterverein in Katowitz bei Straßburg erhielt im März vorigen Jahres zehn Kronen an Antischimmelpflichtgebühren für die Bewilligung einer Theateraufführung vorgezeichnet, welcher Betrag sofort zur Einzahlung gedruckt wurde. Der Antischimmel wies diese zum erstenmale. — Im November 1923 erhielt der Verein aber neuerlich den Auftrag, die zehn Kronen für die Antischimmelpflicht zu zahlen und der Kassier zahlte den Betrag — ohne darauf zu denken, daß er obendrein schon bezahlt ist — noch einmal. Der Antischimmel wies diese zum zweitenmale. — Wie groß war aber die Ueberzeugung, als am 26. Jänner ein Exekutor in den Räumen des Vereines erschien und wegen der angeblich noch nicht bezahlten zehn Kronen eine Pfändung vornahm. Er beschlagnahmte im Turnsaal des Vereines einen Barren im Werte von 1000 Kronen. Der Antischimmel wies diese zum drittenmale. — Die Exekution wurde trotz allen

Institute, die vollständige Faszisierung der Schulen und der Lehrer, der Eisenbahn, Post, Bank und Gemeindegemeinschaften. Das Regime werde endgültig siegreich erst am Tage sein, da man genau wissen werde, daß an jeder Kommandostelle vom General bis zum Korporal ein Schwarzhemd stehe. Die Formel „alle Macht an die faschistische Partei“, müsse in diesem Jahr erfüllt werden mit unbedingter Intelligenz.

Die polnische Delegation verläßt Berlin.

Berlin, 15. Febr. Die polnische Handelsdelegation ist, wie die „Polische Zeitung“ mitteilt, um 2 Uhr nachmittags offiziell aufgelöst worden. Sie verläßt teils heute, teils morgen Berlin.

Einspruches durchgeführt und erst nach einer Intervention an maßgebender Stelle wurde der Barren wieder freigegeben. — Wird der Antischimmel noch ein viertermal wiedern?

Genossin Sofie Hummelhans gestorben. Die tschechische Arbeiterkammerbewegung hat einen schweren Verlust erlitten. Samstag, den 12. Febr. ist im Alter von 46 Jahren Genossin Sofie Hummelhans gestorben. Schon seit früher Jugend war die Zeitverbringer, gleichwie ihr Gatte, der bekannte Abgeordnete der tschechischen Sozialdemokratie und Führer der tschechischen Arbeiterkammer, in der Landbewegung tätig, zuletzt war sie die erste Vortragsleiterin des Verbandes der tschechoslowakischen Arbeiterkammer. Anlässlich der ersten Arbeiterolympiade hat sie die Redungen der Frauen geleitet, später in Paris und Leipzig die tschechischen Arbeiterkammerinnen geführt. Dienstag, den 15. Febr. wurden die Ueberreste der verstorbenen Genossin unter großer Beteiligung der tschechischen Arbeiterkammer sowie der Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie dem Feuer übergeben.

Richtigstellung. Infolge eines Hörfehlers meldeten wir gestern die Verhaftung von 30 Sozialdemokraten in Lettland. Es handelt sich natürlich nicht um das von einem Linkskabinett regierte Lettland, sondern um das faschistische Litauen.

Was in Oesterreich die Toten bezahlen müssen! Gerade jetzt, da die gemeinsame bürgerliche, von den Christlichsozialen geführte Seite gegen die Steuerpolitik der Gemeinde Wien einem Höhepunkt zustrebt, wird es von Interesse sein, einmal auf eine österreichische Staatssteuer hinzuweisen, die nicht nur die bürgerlich-kerisole Steuerpolitik auszeichnet charakterisiert, sondern auch den Unterschied zwischen christlichsozialen und sozialdemokratischen Steuergeheimnissen klar hervorhebt. Objekte der Wiener sozialdemokratischen Steuerpolitik sind die im Ueberflusse lebenden Besitzenden; Objekte der christlichsozialen Bundessteuer sind die Besitzlosen, die noch im Tode geschöpft werden. Von den Kosten des Begräbnisses muß die dreiprozentige Warenumschlagsteuer entrichtet werden. Der Arzt, der den Hinterbliebenen die Rote für die ärztliche Behandlung des Verstorbenen legt, muß zwei Prozent Warenumschlagsteuer aufschlagen! In den Preisen für die Medizin, die der Zahnarzt nehmen muß, sind zwei Prozent Warenumschlagsteuer enthalten! Die Kleider werden schwarz gefärbt; der Finanzminister streicht auch sie mit schwarzer Farbe an und hebt die Warenumschlagsteuer ein. Trauerhüte werden gekauft oder aus alten Hüten hergerichtet und mit schwarzen Streifen verziert; der Finanzminister hüllt auch sich in Schwarz und hebt die Umsatzsteuer ein. Kränze bezeugen dem Toten die letzte Liebe: der Herr Finanzminister ist schon da und streift ein! Ein Graßstein? Oh, der Herr Finanzminister pflegt sich sofort bei dem frühen Grab auf und holt sich seine Warenumschlagsteuer. Allein für die Begräbnisse, die die Wiener städtische Leichenbestattung im vergangenen Jahr durchgeführt hat, sind mehr als 644 Millionen an Warenumschlagsteuer eingehoben worden. Welch eine kolossale Summe ergibt sich erst, wenn man zusammenrechnet, was von allen Begräbnissen in Oesterreich dem Reichs-Bund an Warenumschlagsteuer abgeführt werden muß! — Steuerhadesmas selbst an den Toten! Das ist christlichsoziale Regierung und Steuerkunst.

Ein verurteilter Kassenbruch wurde in der Nacht auf Montag in den Geschäftsräumen der französischen Schiffahrtsgesellschaft Worms u. Co. in Prag verübt. Die Einbrecher drangen, nachdem sie die Eingangstür mit Nachschlüssel geöffnet hatten, in die Geschäftsräume. Sie schnitten mit modernen Werkzeugen die Schränke aus der großen eisernen Kasse aus und nahmen das ganze Geld, das sich im Tresor befand, an sich. Sie raubten 60.000 K., 773 Dollars, 665 Franken und 228 Goldmark. Ferner nahmen sie eine schwarze lederne Handtasche, eine kleine Handtasche und zwei ansehnliche französische Bälle an sich. Um von der Straße aus durch die großen Glasscheiben nicht gesehen zu werden, hatten die Einbrecher die vor dem Gebäude auf der Straße brennende Gaslaternen angezündet. Die Einbrecher sind verwundet und konnten bisher

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Donnerstag.

- Prog. 14. 11: Schulprogramm 11.40: Zeitung und literarischer Rundfunk 12.05: Mittagskonzert. 1. Heideke: Schillingens auf Hermanns Grab. 2. Kowal: Zwei neue Lieder. 3. Sieck: Antike Sinfonie. 4. Tschann: Fertige neue Lieder. 5. Geyer: Meistersinger. 6. (Schmidt): Roman in mit. 7. Zupke: Toccata. 8. Geyer: Zwei aus dem Wald. 9. (Schmidt): Toccata. 10. (Schmidt): Toccata. 11: (Schmidt): Toccata. 12: (Schmidt): Toccata. 13: (Schmidt): Toccata. 14: (Schmidt): Toccata. 15: (Schmidt): Toccata. 16: (Schmidt): Toccata. 17: (Schmidt): Toccata. 18: (Schmidt): Toccata. 19: (Schmidt): Toccata. 20: (Schmidt): Toccata. 21: (Schmidt): Toccata. 22: (Schmidt): Toccata. 23: (Schmidt): Toccata. 24: (Schmidt): Toccata. 25: (Schmidt): Toccata. 26: (Schmidt): Toccata. 27: (Schmidt): Toccata. 28: (Schmidt): Toccata. 29: (Schmidt): Toccata. 30: (Schmidt): Toccata. 31: (Schmidt): Toccata. 32: (Schmidt): Toccata. 33: (Schmidt): Toccata. 34: (Schmidt): Toccata. 35: (Schmidt): Toccata. 36: (Schmidt): Toccata. 37: (Schmidt): Toccata. 38: (Schmidt): Toccata. 39: (Schmidt): Toccata. 40: (Schmidt): Toccata. 41: (Schmidt): Toccata. 42: (Schmidt): Toccata. 43: (Schmidt): Toccata. 44: (Schmidt): Toccata. 45: (Schmidt): Toccata. 46: (Schmidt): Toccata. 47: (Schmidt): Toccata. 48: (Schmidt): Toccata. 49: (Schmidt): Toccata. 50: (Schmidt): Toccata. 51: (Schmidt): Toccata. 52: (Schmidt): Toccata. 53: (Schmidt): Toccata. 54: (Schmidt): Toccata. 55: (Schmidt): Toccata. 56: (Schmidt): Toccata. 57: (Schmidt): Toccata. 58: (Schmidt): Toccata. 59: (Schmidt): Toccata. 60: (Schmidt): Toccata. 61: (Schmidt): Toccata. 62: (Schmidt): Toccata. 63: (Schmidt): Toccata. 64: (Schmidt): Toccata. 65: (Schmidt): Toccata. 66: (Schmidt): Toccata. 67: (Schmidt): Toccata. 68: (Schmidt): Toccata. 69: (Schmidt): Toccata. 70: (Schmidt): Toccata. 71: (Schmidt): Toccata. 72: (Schmidt): Toccata. 73: (Schmidt): Toccata. 74: (Schmidt): Toccata. 75: (Schmidt): Toccata. 76: (Schmidt): Toccata. 77: (Schmidt): Toccata. 78: (Schmidt): Toccata. 79: (Schmidt): Toccata. 80: (Schmidt): Toccata. 81: (Schmidt): Toccata. 82: (Schmidt): Toccata. 83: (Schmidt): Toccata. 84: (Schmidt): Toccata. 85: (Schmidt): Toccata. 86: (Schmidt): Toccata. 87: (Schmidt): Toccata. 88: (Schmidt): Toccata. 89: (Schmidt): Toccata. 90: (Schmidt): Toccata. 91: (Schmidt): Toccata. 92: (Schmidt): Toccata. 93: (Schmidt): Toccata. 94: (Schmidt): Toccata. 95: (Schmidt): Toccata. 96: (Schmidt): Toccata. 97: (Schmidt): Toccata. 98: (Schmidt): Toccata. 99: (Schmidt): Toccata. 100: (Schmidt): Toccata.

Deutschland.

- Kriegsgeheimnisse. 1900. 15.30: Geheimnisse des Weltkrieges. 15.30: Die abendliche Stunde. 16: (Schmidt): Toccata. 17: (Schmidt): Toccata. 18: (Schmidt): Toccata. 19: (Schmidt): Toccata. 20: (Schmidt): Toccata. 21: (Schmidt): Toccata. 22: (Schmidt): Toccata. 23: (Schmidt): Toccata. 24: (Schmidt): Toccata. 25: (Schmidt): Toccata. 26: (Schmidt): Toccata. 27: (Schmidt): Toccata. 28: (Schmidt): Toccata. 29: (Schmidt): Toccata. 30: (Schmidt): Toccata. 31: (Schmidt): Toccata. 32: (Schmidt): Toccata. 33: (Schmidt): Toccata. 34: (Schmidt): Toccata. 35: (Schmidt): Toccata. 36: (Schmidt): Toccata. 37: (Schmidt): Toccata. 38: (Schmidt): Toccata. 39: (Schmidt): Toccata. 40: (Schmidt): Toccata. 41: (Schmidt): Toccata. 42: (Schmidt): Toccata. 43: (Schmidt): Toccata. 44: (Schmidt): Toccata. 45: (Schmidt): Toccata. 46: (Schmidt): Toccata. 47: (Schmidt): Toccata. 48: (Schmidt): Toccata. 49: (Schmidt): Toccata. 50: (Schmidt): Toccata. 51: (Schmidt): Toccata. 52: (Schmidt): Toccata. 53: (Schmidt): Toccata. 54: (Schmidt): Toccata. 55: (Schmidt): Toccata. 56: (Schmidt): Toccata. 57: (Schmidt): Toccata. 58: (Schmidt): Toccata. 59: (Schmidt): Toccata. 60: (Schmidt): Toccata. 61: (Schmidt): Toccata. 62: (Schmidt): Toccata. 63: (Schmidt): Toccata. 64: (Schmidt): Toccata. 65: (Schmidt): Toccata. 66: (Schmidt): Toccata. 67: (Schmidt): Toccata. 68: (Schmidt): Toccata. 69: (Schmidt): Toccata. 70: (Schmidt): Toccata. 71: (Schmidt): Toccata. 72: (Schmidt): Toccata. 73: (Schmidt): Toccata. 74: (Schmidt): Toccata. 75: (Schmidt): Toccata. 76: (Schmidt): Toccata. 77: (Schmidt): Toccata. 78: (Schmidt): Toccata. 79: (Schmidt): Toccata. 80: (Schmidt): Toccata. 81: (Schmidt): Toccata. 82: (Schmidt): Toccata. 83: (Schmidt): Toccata. 84: (Schmidt): Toccata. 85: (Schmidt): Toccata. 86: (Schmidt): Toccata. 87: (Schmidt): Toccata. 88: (Schmidt): Toccata. 89: (Schmidt): Toccata. 90: (Schmidt): Toccata. 91: (Schmidt): Toccata. 92: (Schmidt): Toccata. 93: (Schmidt): Toccata. 94: (Schmidt): Toccata. 95: (Schmidt): Toccata. 96: (Schmidt): Toccata. 97: (Schmidt): Toccata. 98: (Schmidt): Toccata. 99: (Schmidt): Toccata. 100: (Schmidt): Toccata.

Bürgerliche Armenfürsorge.

Eine Schande für unsere Zeit. — Wie das Unverständnis für die Not der Armen und die Rücksichtslosigkeit bürgerlicher Gemeindeverwaltiger Familien zugrunde richtet.

Der Zufall führte uns gestern auf einen Fall von Armenbehandlung, der beispielhaft die schändlichen Verhältnisse der heutigen Gesellschaft und die Handlungslosigkeit der bürgerlichen Armenfürsorge durch die gemeindlichen Gemeindeverwaltungen beleuchtet. Beteiligt erschien in unserer Redaktion in Kuffia ein alter abgekümmelter Mann. Wir fragten und er erzählte, er erzählte, auf unsere Fragen antwortend, die trübselige Geschichte seines jetzigen Elendes. Hören wir sie. Josef B. wohnte mit seiner Frau und seinen drei Kindern seit Jahren in Pöchlitz, wo sie sich mit ihrer Hände Arbeit den Unterhalt verdienten. Er ging noch vor zwei Jahren auf Zuckerwerk, die eine Tochter war in Lobositz in der Schokoladenfabrik beschäftigt, die zweite pflegte zuhause die kranke Mutter und die noch schulpflichtige Schwester. Vor zwei Jahren, an einem trübten Novembertage, wurde das dürftige Mobiliar der Familie auf einen Wagon geladen und kam den Familienmitgliedern nach Kuffia abgehoben. B. ist nach Kuffia heimgekehrt, und die Gemeindeväter von Pöchlitz, fremdenhässliche Parasiten, entsetzten sich auf diese Art der Familie, damit sie nicht in Pöchlitz heimwärts zurückkehren und eventuell einmal der Gemeinde Armenkosten verurteilt. In Kuffia angekommen, verweigerte das Bürgermeisteramt die Uebernahme der Möbel und dirigierte das Zuckerwerk samt Beladung wieder nach Pöchlitz, wo nun keiner der Möbelstücke zur Not untergebracht sind. Der Familie gab man in Kuffia ein paarmal Notfallunterstützung und schließlich bewilligte der Armenrat eine wöchentliche Armenunterstützung von zehn Kronen. Im übrigen überließ man die armen Menschen ihrem Schicksal. B. haust nun mit seiner kranken Frau und zwei Töchtern in

einem zweibettigen Zimmer im Waisenhaus Kurzweil in Dolau. Mann und Frau liegen zusammen in einem Bett, die beiden Töchter, 16 und 22 Jahre alt, ebenfalls. Die dritte Tochter ist als Bedienerin tätig und hat in der Dulce Wohnung gefunden. Für das Zimmer sind täglich fünfzehn Kronen, davon zehn Kronen jeden Tag bar, fünf Kronen nach Möglichkeit zu zahlen. Fünfzehn Kronen für die „Wohnung“ täglich und zehn Kronen Armenunterstützung in der Woche! Die 35jährige Frau ist seit langer Zeit krank. Niemand kümmert sich, kein Arzt leistet Hilfe! Ab und zu bekommt sie in der Volksküche in Kuffia eine warme Suppe. Auf die Frage, wo er das Geld zur Bezahlung der Miete hernehme, sagt B.: „Wir haben halt gute Leute, die uns immer wieder etwas geben.“ B. hat seit längerer Zeit ein geschwollenes Bein und hinkt als arbeitsfähige Handwerkerin von einer Tür zur anderen. Vor den Augen der maßgebenden Faktoren, von Armenrat und Wohlfahrtsamt, die doch den Fall kennen müssen, geht ein alter deutscher Kuffiaer Arbeiter, den die wirtschaftliche Not einst aus der Heimat trieb, samt seiner Familie zugrunde, weil das „Sparen“ bei der allgemeinen Fürsorge oder ganzliches Unverständnis für die Not der Menschen den Geist der heutigen bürgerlichen Verwaltung beherrscht. Eine Wohnung würde vielleicht genügen, um die Familie zu retten; aber die Gemeinde hat keine, weil planmäßige Wohnungsbauarbeiten nach Ansicht gewisser Herren „Wohlfahrtsüberflüssigkeit“ ist. Wenn sich die Armen nur hübsch verhielten und niemandem im Wege befänden, dann könnten sie ruhig umkommen. Ein Armenbegräbnis fünfter Klasse ist das Ende!

Schweres Eisenbahnunglück in England. Am Montag vormittags hat sich in der Nähe von Hull ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein aus Widderslow kommender Personenzug stieß mit einem anderen Zug zusammen und mehrere Wagon wurden vollständig ineinander geschoben. Zunächst konnten zwölf Tote geborgen werden. Die Zahl der Verletzten beträgt ungefähr 40. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht geklärt.

Unter dem Verdacht des Mädchenhandels. Die- ser Tage wurde in Pöchlitz ein Wagon namens Alois Rogas aus Krenier festgenommen, der verschiedene Mädchen in Pöchlitz zu überreden suchte, aus ihrer Stellung auszutreten und anders von ihm zu beschaffende Stellen anzunehmen. Es Rogas wiederholt vorbestraft ist, liegt der Verdacht vor, daß er die Mädchen, durch Vermittlung anderer Agenten, an ausländische Freudenhäuser verschaffen wollte.

Den Arzt erlösen. In New York erkrankte der 16jährige Sohn eines armen Italieners an Diphtherie. Ein hingenommener Arzt machte dem Kind eine Einspritzung. Trotzdem verschlimmerte sich im Laufe der Nacht der Zustand so sehr, daß der Vater einen anderen Arzt holte. Dieser konnte jedoch nur noch den insipiden eingetretenen Tod feststellen. Daraufhin sollte der Vater des Kindes der Familie mit, daß er den Arzt, der die Einspritzung gemacht hatte, töten werde. Tatsächlich empfing der Vater den Arzt in Gegenwart seiner Frau und der Kinder mit den Worten: „Du tötest mein Kind, also werde ich jetzt die töten.“ Darauf erstach er den Arzt mit einem Küchenmesser und stellte sich dann der Polizei.

Bestlicher Geldschrankräuber. Aufschluß über die letzten in Berlin in der Nacht zum Montag zwei Väterkinder Besuche ab und schweißten die Geldschänke auf. An der einen Stelle suchten sie unversicherteste Dinge abzuheben, da der erbrochene Geldschrank kein Geld emblet und sie gefordert wurden, ehe sie den zweiten Geldschrank erbrochen hätten. Im anderen Büro wurden zwei Schränke in mühevoller Arbeit aufgeschlüsselt, wobei ihnen 3000 Mark in die Hände fielen.

Wohltätigkeitslotterie. Wir werden am Aufnahme folgenden Kollis enthält: 1000 Goldscheine. Die Karten für nur 8.— kann man durch die Post des Vereines für Laubstammensfürsorge gewinnen. Ziehung unabweislich am 7. März d. J. Zeichnungen an folgende Adresse: Expedition der Wohltätigkeits-Lotterie der Laubstammens, Prag I, Rappstr. 8.

Motor-Schnellzüge Karlsbad-Marienbad. Die Staatsbahndirektion Prag-Kord hat dem Stadtrat mitgeteilt, daß über die Leistung des Eisenbahnverkehrs in der Zeit vom 15. Mai bis 30. September d. J. auf der Strecke Karlsbad-Marienbad ohne Verminderung der bereits dormalen bestehenden Zugverbindungen in jeder Richtung drei Motor-Schnellzüge eingestellt werden, welche lediglich in den Stationen Tepl und Pöchlitz aufhalten nehmen. Die zur Verwendung kommenden vierachsigen Motorwagen enthalten 20 Plätze zweiter Klasse und 30 Plätze erster Klasse, sowie einen kleinen Raum für Handgepäck. Die Fahrzeit beträgt von Karlsbad nach Marienbad 1 Stunde 20 Minuten, in umgekehrter Richtung 1 Stunde 25 Minuten. Der Fahrpreis wird dem normalen Fahrpreis für Personenzüge mit Schnellzugzuschlag gleichkommen. In der Richtung nach Marienbad werden die Züge am 7. Uhr 57, 13 Uhr 30 und 17 Uhr 45 Minuten von Karlsbad abgehen und am 9 Uhr 21, 11 Uhr 54 und 19 Uhr 12 Minuten in Marienbad eintrafen. Die Abgangzeiten der Züge von Marienbad wären 9 Uhr 57, 15 Uhr 35 Minuten und 20 Uhr, die Ankunftszeiten in Karlsbad 11 Uhr 20, 16 Uhr 57 und 21 Uhr

21 Minuten. Da die bestehenden Zugverbindungen keine Änderungen erfahren, tritt durch diese Einlegung der Motor-Schnellzüge eine Verdichtung des Verkehrs auf der Strecke Karlsbad-Marienbad ein.

Wilde Schießerei in Kaito. Auf der eleganten Promenadenstraße Kaito kam es am Sonntag mittags in einem Innereisenbahn zu einer wilden Schießerei. Während verschiedene Fußgänger sich auf der Straße bewegten, fielen in dem Laden plötzlich mehrere Schüsse. Ein Polizeibeamter eilte in den Laden. Im selben Augenblick sprang ein Mann mit einem Revolver in der Hand durch das Schaufenster auf den Bürgersteig. Der Eindringling lenkte auf den Gehelpolizisten, der, in den Bauch getroffen, noch einen Schuß abgab, der den Eindringling ebenfalls des Lebens beraubte. Beide Schüsse waren schnell tödlich. Im Anschluss wurde der Verbleib und sein Zohrer erschossen aufgefunden. In den Taschen des toten Eindringlings fanden sich Ammunition und geraubtes Geld.

Volkswirtschaft. Eine Internationale der Kunstseidenindustrie.

Schon im Vorjahre lauchten in der Presse Meldungen auf, daß sich in der Kunstseidenindustrie im internationalen Rahmen eine Annäherung vollziehe. Wie nun bekannt wird, haben die Verhandlungen, die zu diesem Zweck geführt wurden, tatsächlich zu einer Vereinbarung geführt und eine enge Verbindung der großen in Frage kommenden Firmen ist geschaffen. Diese Bindung ist immerhin von einer gewissen Bedeutung, denn die Kunstseidenindustrie ist noch sehr jung und zu deren industrieller Ausweitung gehören größere Kapitalien. Dieser größere Kapitalbedarf vermindert die Konkurrenz, und damit die Produktion in wenigen Händen zusammen. Ueber die Erzeugung der Kunstseide bestanden bisher vielfach ganz irrtümliche Ansichten, die weit über das wirkliche Maß hinausgingen. Diese übertriebenen Schätzungen waren nur möglich, weil bisher genaue statistische Angaben fehlten. Der „Manchester Guardian“ bringt nun Zahlen, die seiner Angabe noch so ziemlich der Wirklichkeit nahekommen und war demnach die Produktion von Kunstseide im Jahre 1923 auf 95,8 Millionen Kilogramm gestiegen. Von dieser Gesamtmenge entfallen auf die einzelnen Länder:

In Mill. Kilogr.	1923	1924	1925	1926
Vereinigtes Staaten	14,0	16,8	23,0	28,8
Italien	4,6	8,4	11,1	12,7
Deutschland	6,0	10,8	11,8	11,8
England	7,0	10,9	12,7	11,3
Frankreich	3,5	5,6	6,9	8,0
Belgien	2,8	4,0	4,5	6,0
Holland	1,2	1,5	3,6	5,0
Japan	1,0	0,5	1,0	1,5
Schweiz	1,7	1,8	2,4	3,0
Dänemark	—	1,2	1,5	1,5
Litauen/Lowakien	—	0,6	1,0	1,0
Übrige Länder	3,2	1,2	2,0	2,0
Weltproduktion	41,0	63,3	84,5	95,6

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten, England, Deutschland und Italien den größten Anteil an der Weltproduktion haben. Auch untereinander schlossen sich in den verschiedenen Ländern die wenigen Unternehmungen dieser Industrie in der letzten Zeit außerdem noch zu Kongernen oder Trusts zusammen oder gingen sonstige Bindungen ein. Den stärksten Anteil an der Produktion hat unzweifelhaft die Courtaulds Ltd., die ungefähr 32 Prozent der Weltproduktion umfaßt. Ihr Anteil an der Weltproduktion beträgt nun 19 Prozent und ihre amerikanische Tochtergesellschaft erstellt 70 Prozent der ame-

Handbuch der

Bienenzucht

1924 Bienen, 288 Seiten K 18.— Monatshefte für den Bienenzüchter K 3.— Wie baue ich mir ein Bienenhaus? mit vielen Abbildungen K 1.— Auswahlschöne Bienenrassen über bezugsfähige Schriften Lohmeyer.

Vollbuchhandlung Krenner & Co., Teplitz-Schönau Theresienstraße 18-20.

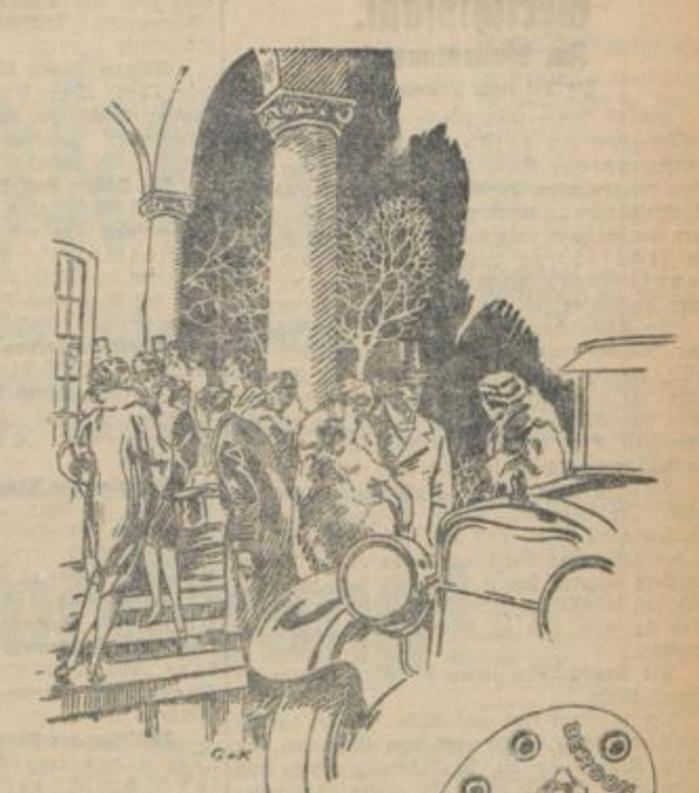
Kleinhaus und Kleinsiedlung

aus dem Inhalt: Das Kleinhaus und seine Einrichtung, Der Kleinsiedler, Die Kleinsiedlung, Gartenarbeit in Kleinsiedlungen (über 40 Seiten) gebunden K 2,50.—

Volkslieder

für Heim und Wanderung. Im Auftrage der Zentralstelle für die Arbeitlosen zuraged herausgegeben von Hermann Bille K 4,50. Auch für Lautsprecher mit Porto K 5.— 20 Seiten stark.

Vollbuchhandlung Krenner & Co., Teplitz-Schönau Theresienstraße 18-20.



Bis in die Nacht hinein

hält Ihre Spannkraft an, ohne daß man Ihnen das Tagesarbeit ansieht, Ihr Schritt ist leicht, Ihre Nerven sind nicht verbraucht. Dies verdanken Sie Ihrem Freunde, Ihrem Begleiter, dem BERSON 750 Gummibeat. Er mildert die Stoßkraft des Schrittes beim Gehen, er schafft eine vibrierende nachgiebige Unterlage beim Stehen und trägt auf diese Weise zu Ihrem Wohlbefinden in erheblichem Maße bei.

rikanischen Erzeugung. Diese Firma hat außerdem Unternehmungen in Frankreich und Kanada und seit einem Jahre außerdem noch eine enge Bindung mit den deutschen Vereinigten Glasstofffabriken A. G. Die Vereinigten Glasstofffabriken A. G. sind wieder durch Kartelle und Patentverträge mit der J. G. Farbenindustrie und der Gruppe Demberg verbunden.

Im Ausland haben die Vereinigten Glasstofffabriken zusammen mit Courtaulds ein freundschaftliches Verhältnis zur Societe de la Bischoffe Suisse in Emmenbründ die wiederum den größten Teil der Schweizer Produktion herstellt und zur Rederianische Kunstseidenfabrik, die neben ihren holländischen Anlagen mit reichlich 3 Millionen Kilogramm Jahresproduktion noch Tochtergesellschaften in Frankreich, Italien und England besitzt. Im Verlaufe eines Patentstreites mit Firmen, die der Enia Bischoffe nachsehen, scheinen auch hier Verhandlungen getroffen worden zu sein, die wohl noch nicht bekannt sind.

Die zweite wichtige Gruppe ist „Enia Bischoffe“, die ihre Produktion für die ersten elf Monate 1926 mit rund 8,9 Millionen Kilogramm angab. Sie ist an der polnischen Kunstseidenindustrie interessiert und wird ihr Anteil an der Weltproduktion auf 11 Prozent geschätzt. Diese Firma hat außerdem einen großen Einfluß auf die übrigen italienischen Kunstseidenunternehmungen.

Es ergibt sich also, daß die Courtaulds Ltd., Deutsche Glasstoff A. G. und Enia Bischoffe 60 Prozent der Kunstseidenproduktion beherrschen und auf weitere 10 Prozent einen maßgebenden Einfluß ausüben. Durch die deutschen Glasstoffwerke geht der Einfluß weiter auf den Robidsonern, die sogenannte Pulvergruppe, über die wiederum zu der Du Pont Rayon Co., auf die ungefähr 15 Prozent der amerikanischen Erzeugung entfallen, und dann zu der Gruppe British Celanese-Ludize, die in Belgien, Frankreich, England, Kanada und U. S. A. vertreten ist.

Diese internationale Verstrickung der Kunstseidenindustrie wird zunächst der Enia Bischoffe helfen, die sich allmählich mit fremdem Geld überfüttert hat. Die zweite Absicht der internationalen Bindung ist der Austausch der Produktionsmethoden und Erfahrungen und schließlich und endlich Verbesserung der Produktions- und Absatzbedingungen, Verteilung der Absatzgebiete und die Vermeidung jeder schädigenden Konkurrenz. Daß die Preispolitik im Vordergrund aller Beratungen steht, versteht sich bei internationalen Bindungen der Industrie von selbst. Die Kunstseidenindustrie hat trotz des Aufschwunges der letzten Jahre noch immer Ausdehnungsmöglichkeiten, doch wird durch die internationale Verstrickung die Gründung von Konkurrenz-Unternehmungen sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Was diese internationale Bindung den Arbeitern bringt? Erstens wahrscheinlich hohe Preise der Erzeugnisse dieser Industrie und zweitens für die Arbeiterschaft der Kunstseidenbetriebe niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und eine Erschwerung des erfolgreichen Kampfes. Der Zweck solcher internationaler Bindungen läuft also letzten Endes auf eine Schröpfung von Produzenten und Konsumenten hinaus und die kapitalistischen Regierungen getrauen sich nicht diesem modernen Raubtierismus die Grenzen enger zu ziehen, denn der Profit ist noch immer heilig.

Ein osteuropäischer Flachstoff. Wie die „Prager Presse“ aus Berlin berichtet, schweben zwischen Rußland und den Randstaaten Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses in der Flachstoffindustrie. Das Hauptziel dieses Zusammenschlusses soll die Preisregelung und eine gemeinsame Verkaufsorganisation sein. Interessant bei der Nachricht ist, daß Rußland mit kapitalistischen Staaten Vereinbarungen über Preisfestsetzungen von Produkten zu schließen beabsichtigt, wodurch natürlich auch Preisstreiberien auf dem Flachstoffmarkt möglich sind.

Prager Produktionsliste. (Offizieller Bericht vom 15. Febr.) Die Böfse war sehr zahlreich besucht, das Geschäft auf einzelnen Marktgebieten sehr lebhaft. Auf dem Getreidemarkt herrschte im Einklang mit der Stimmung der ausländischen Märkte und infolge bedeutender Nachfrage sehr feste Tendenz für Hafer und auch für Weizen. Roggen und Gerste konnten sich je nach Qualität entweder behaupten, hellenweise lag in feineren. Der Weizenmarkt blieb ruhig. Die Notierungen für Weizen erlitten während des Berichtes keine Veränderung. Auf dem Fleis-, Milch- und Futtermittelmarkt herrschte im großen und ganzen Ruhe. Auch der Kolonialwarenmarkt verfiel ruhig bei unbedeutenden Preisen. Magarischer Fett lag etwas höher. Auf den übrigen Marktgebieten lag keine Preisveränderungen zu verzeichnen. Es notierten in Kd: Weizen, Weizen, Prag 240-245, böhm. Roggen, Prag 215-220, Prima Gerste, Prag 174-175, Merkonten, Prag 160-165, böhm. Hafer, Prag 160-165, böhm. Hafer, feuchter, Prag 158-160, Weizen, jugoslawischer, Bratislava 119, Weizen, rumänischer, Keislerberg, Oberberg 118, Weizen, Cingano, Oberberg 124, Weizen La Plata, Teischen 132, Weizenmehl 0/0 350-355, Weizenmehl 0 362-372, Weizenrotmehl Nr. 4 285-295, ungar. Grobmehl, Szob 305-400, amerik. Weizenmehl, Teischen 300-305, Weizenmehl 405-410, Karmelmehl, einf. 325-330, Futtermehl 175 bis 180, Reis, Burma II., Teischen 260-285, Arabica, Teischen 320-330, Moulmain, Teischen 370 bis 380, Straßburg, Teischen 245-260, Hirse 385-395, Erbsen, grüne 450-500, gelbe 275-300, Bittererbsen 450-500, Linzen 330-420, Weizenbohnen 140-170, Bohnen 180-200, Sommerweide 170-190, Winterweide 300-400, Lupine, blau 160, gelb 170, Naturotweizen 2050-2300, Rotweizen, plombiert 2550-2650, Weizener 700-1500, Schrotmehl 1600-2400, Weizenmehl 1150-1350, Vogerweizen, französischer 2000 bis 2200, Weizenmehl, weiß 500-600, Timotheenmehl 300-400, Raps 280-285, Senf, 450-500, böhm. Rogn, blau 850-900, Weizenmehl 225-245, Rindmehl, böhmischer 675-700, holländischer 675-700, Glycerinöl, Verladestation 68-75, Industriekartoffeln, Verladestation 50-54, Krautkörner, Verladestation 55 bis 60, Weizenkleie 115-120, Roggenkleie 115-120, Rapskuchen 170-175, Weizenkuchen 180-185, Weizenmehl 95-100, Weizen, böhm., sauer, ungepöckelt, Prag 98-71, süß, ungepöckelt, Prag 78-80, sauer, gepöckelt, Prag 73-76, süß, gepöckelt, Prag 81-88, Roggenmehl in Säcken, ungepöckelt, Prag 46-48, Futtermehl, gepöckelt, Prag 38-40, ungepöckelt, Prag 36 bis 38, amerik. Fett, Teischen 13-15, ungar. Fett, Szob 14,10-14,30, Pfaffenmehl, böhmische getrocknet 340-350, Kaffee Rio 24-25, Santos 28-30, Quaternmehl 32,75-36, Portorico 36-40, Tee Senbong 58, Orange Bacco 65, Kofinen 14,50-18,50.

